

## Donnerstag, 1. September 2011

### Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder entschuldigt: Dermont
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

*Standespräsident Bleiker:* Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen und die Türen zu schliessen? Guten Morgen sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Darf ich um Ruhe bitten? Ich wünsche uns allen einen guten Tag. Wir fahren fort in der Energiedebatte und kommen zum Auftrag Heiz betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik. Die Regierung ist bereit, diesen Auftrag entgegen zu nehmen. Es findet daher nicht automatisch eine Diskussion statt. Wird Diskussion trotzdem gewünscht? Diskussion wird gewünscht.

#### **Auftrag Heiz betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik** (Wortlaut Februarprotokoll 2011, S. 502)

##### *Antwort der Regierung*

Mit dem vorliegenden Auftrag wird die Regierung aufgefordert, dem Grossen Rat so rasch als möglich einen umfassenden Bericht zur heutigen und künftigen Lage im Bereich der elektrischen Energie sowie zur Position des Kantons mit Bezug auf die Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik zu unterbreiten.

Die Regierung teilt die Auffassung, wonach sich das Umfeld und die Herausforderungen in der bündnerischen Strompolitik seit dem letzten umfassenden Bericht im Jahre 2000 wesentlich verändert haben. An erster Stelle ist die tragische Katastrophe in Japan zu erwähnen. Die entsprechenden Auswirkungen sind auch im Hinblick auf die bündnerische Strompolitik umfassend zu prüfen. Die im Auftrag erwähnten Entwicklungen (Inkrafttreten des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes, die dazugehörige kantonale Anschlussgesetzgebung, die CO<sub>2</sub>-Problematik, der Aufschwung der erneuerbaren Energien, das Potenzial im Stromhandel, die neue nationale Netzgesellschaft), aber auch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) des Bundes zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie die laufenden Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union im Bereich der Elektrizität haben sodann in den letzten 10 Jahren neue Rahmenbedingungen geschaffen, die eine breite Auslegeordnung im Bereich der Elektrizität und eine erneute Standortbestimmung erfordern.

Die Regierung ist deshalb bereit, den Auftrag entgegen zu nehmen und den geforderten Bericht vorzulegen.

##### *Antrag Heiz* Diskussion

*Standespräsident Bleiker:* Wer dem zustimmen möchte, möge sich bitte erheben. Offensichtliche Mehrheit. Grossrat Heiz.

##### *Abstimmung* Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

*Heiz:* Normalerweise sollte man ja einen Bericht nicht besprechen oder diskutieren, bevor er überhaupt erstellt ist, aber wir wissen ja, heute ist die Situation nicht eine ganz normale. Der letzte Bericht zu diesem Thema inklusive energiepolitische Ziele und Hauptstossrichtungen zu ihrer Verfolgung wurde von der Regierung am 10. Januar 2000 verabschiedet und im Heft Nummer acht der Legislatur 1999/2000 über die Auswirkungen der Strommarkt-Liberalisierungen auf den Kanton Graubünden publiziert. Es ist erstaunlich, nachzulesen, was vor zehn Jahren schon geschrieben wurde, worüber wir uns heute wieder ereifern, als ob es alles neu wäre: Substitution der fossilen Energieträger zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Förderung der erneuerbaren Energieeffizienz, Verträge aus der Wasserkraftnutzung erhalten und möglichst steigern, alles war drin. Wir könnten also vieles ohne weiteres wieder übernehmen und doch ist es wichtig, das Ganze zu überprüfen, zu viel hat sich im Umfeld der Energiepolitik verändert, vor allem natürlich der vom Bundesrat beschlossene Atomausstieg.

Ich will der Regierung nicht vorschreiben, was sie in einem solchen Bericht zu behandeln hat, das weiss sie selber gut, aber ich möchte doch auf drei ausgewählte Fragen kurz eingehen.

Erstens: Welche ist die Rolle des Staates, welche jene der Privatwirtschaft in der Energiepolitik? In den Zielen 2000 stand unter anderem, erstens, Versorgung mit Energie ist grundsätzlich Aufgabe der Privatwirtschaft und zweitens, der Kanton verfolgt Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privaten Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Ich meine, dass diese beiden Prinzipien unbedingt zu erhalten sind, insbeson-

dere was die Nutzung der Wasserkraft anbetrifft, ist an der über Jahrzehnte bewährten Partnerschaft mit der Privatwirtschaft festzuhalten. Kanton und Gemeinden sollen zwar eine starke Rolle für sich beanspruchen, aber keine Verstaatlichung also auch keine Mehrheit an den grossen Produktionsgesellschaften anstreben. Gründe dafür gibt es verschiedene gute, wir werden bei der Behandlung des Auftrags Augustin betreffend Heimfall-Strategie Gelegenheit haben, sie näher zu besprechen, ich gehe hier nicht weiter darauf ein.

Es gibt aber ein anderes Gebiet, wo der Staat die Hauptrolle spielen muss, erst recht nach dem Beschluss über die Atomenergie, jenes des Stromübertragungsnetzes und es ist übrigens erstaunlich, dass gestern ausser dem Fraktionschef der FDP niemand das Thema angesprochen hat. Worum geht es? Die nationale Gesellschaft Swissgrid sagt schon lange: „Ohne Netzausbau kein Atomausstieg“. Sie schätzt, dass ungefähr 1000 Kilometer Hochspannungsleitungen aus- oder umgebaut werden müssen, um eine neu ausgerichtete Stromproduktion überhaupt tragen zu können. Eine gewaltige politische wie finanzielle Herausforderung. Gelöst kann das Problem zwar weder regional noch kantonale, sondern nur auf nationaler Ebene. Es ist aber für die Kantone trotzdem von grosser Bedeutung, auch für Graubünden, denn viele und wichtige Hochspannungsleitungen durchqueren ja bekanntlich unser Kantonsgebiet. Nun ist es so, dass bis Ende 2012 alle Hochspannungsleitungen von den heutigen Eigentümern, also den Stromkonzernen, ins Eigentum der Swissgrid überführt werden sollen. Da stellt sich die Frage, ob die Kantone, auch Graubünden, nicht als Aktionäre in die Swissgrid einsteigen sollten. Wenn ja, wie hoch und mit welchen Zielen? Wir wären der Regierung dankbar, ihre Vorstellungen zu diesem Thema im Bericht darzulegen.

Und drittens: Krisen bieten auch immer Chancen. Unser Trumpf ist die Wasserkraft, das wurde immer wieder gesagt und eine Steigerung der Erträge im Kanton Graubünden aus der Nutzung der Wasserkraft gehört dazu und war schon vor zehn Jahren ein erklärtes Ziel. Es ist immer noch aktuell, insbesondere harrt die Frage der gerechten Besteuerung der Partnerwerke einer Lösung. Wir wissen, dass schwierige Verhandlungen laufen. Das Anliegen Graubündens, seinen Anteil am Steuerertrag zu steigern, ist legitim und wir wünschen der Regierung bei diesen Verhandlungen rasch viel Erfolg, nicht zuletzt auch aus dem Grund, dass für die besteuerten Partnerwerke wieder Rechtssicherheit besteht.

*Kollegger (Chur):* Ich möchte Ratskollege Heiz vorab danken für die Einreichung dieses Vorstosses, er hat den Faden, den die BDP-Fraktion im vergangenen Dezember bereits, also einige Monate vor Fukushima, Herr Nick, den die BDP-Fraktion im Dezember auszulegen begonnen hat, weiter aufgenommen und bearbeitet. Sie erinnern sich, damals ging es um die Entwicklungsschwerpunkte des Kantons Graubünden. Unsere Fraktion hat damals erstaunt zur Kenntnis genommen, dass die Energie, insbesondere die Elektrizität, im Schwerpunktprogramm und auch bei den Massnahmen gänzlich fehlte. Wir haben damals drei Punkte festgehalten. Erstens, alle reden von Energie, wir im Kanton Graubünden haben die

Kompetenz dafür. Zweitens, unzählige reden von erneuerbaren Energien, wir im Kanton Graubünden haben die Möglichkeiten dazu. Drittens, viele reden vom Ausstieg aus der Kernenergie, wir in Graubünden haben die Alternativen und viertens, es stehen verschiedene Heimfälle von Kraftwerksgesellschaften an in naher Zukunft, diese bieten Opportunitäten für unseren Kanton. Wir hatten damals versucht aufzuzeigen, dass wir in Graubünden förmlich strotzen vor Energie, trotzdem fehlte dieses strategisch bedeutsame Thema im Programm. Diese strategische Arbeit will der Kanton nun machen und das ist zu begrüßen. Und dass sie diese Strategieausarbeitung nicht einfach im stillen Kämmerchen macht unter Ausschluss aller Anspruchsgruppen, das denke ich, versteht sich von selbst und der Kanton wird aus eigenem Interesse eine Strategie erarbeiten, die breit abgestützt ist. Also insofern ist die von der SP verlangte und gestern abgelehnte Energiekonferenz irgendwo faktisch trotzdem Realität, die Anspruchsgruppen müssen einbezogen werden, sonst hat die Strategie des Kantons keine Realisierungschance.

Dass der Ausbau des Leitungsnetzes, Kollege Heiz, ein zentrales Thema der Energiewende darstellt, das hat auch Fraktionspräsident Andreas Felix gestern klar aufgezeigt, das ist vielleicht der Nachteil an vorbereiteten Voten. Schade ist einzig, dass sich die Strategie um den Strom dreht, über drei Viertel der verbrauchten Energie nämlich stammt nicht aus Strom, sondern aus fossilen Quellen wie Benzin, Diesel und Heizöl und verursacht damit klimaschädliches CO<sub>2</sub>. Diese Energie wird in unseren Breitengraden vor allem zum Heizen und im Verkehr verbraucht. Klar hat der Kanton mit dem revidierten, beziehungsweise neuen Energiegesetz ein fortschrittliches Instrument in der Hand, aber genau diese Fortschrittlichkeit hat Implikationen auf den Stromverbrauch. Werden nämlich Ölheizungen durch umweltschonende Wärmepumpen ersetzt, dann sparen wir zwar Heizöl, brauchen aber wieder vermehrt Strom. Eine Gesamtschau wäre daher dringend angebracht. Der Auftrag Heiz verlangt aber nur eine Strategie in Bezug auf die Stromzukunft. Ich möchte davon absehen, diesen Auftrag zu erweitern, lade die Regierung aber höflich dazu ein, den Fokus wo immer möglich zu öffnen und auch denjenigen Entwicklungen im Energiebereich Rechnung zu tragen, die auf den ersten Blick eine andere Energieform betreffen, aber bei Lichte betrachtet direkte Auswirkungen auf die Stromzukunft haben. Ich danke der Regierung bereits jetzt für ihre anstehende Arbeit, die uns sicher noch beschäftigen wird in diesem Rat, die Debatte über die Energiezukunft des Kantons Graubündens ist mit der heutigen Energiedebatte bestimmt nicht abgeschlossen.

*Pult:* Ich bin sehr dankbar um das letzte Votum jetzt von Kollege Kollegger, auch aus Sicht der SP wäre es eigentlich wichtig, dass man den Auftrag, den auch wir unterstützen, etwas breiter interpretieren würde. Deshalb möchte ich im Anschluss eigentlich an die Ausführungen von Herrn Kollegger, möchte ich auch dann Regierungsrat Cavigelli wirklich fragen, ist die Regierung bereit, auch ein bisschen im Geiste ihres Votums von gestern die ganze Auslegeordnung breiter zu fassen, als sie jetzt

im Auftrag Heiz beschrieben wird? Also wirklich auch alle anderen Aspekte, wie das Kollege Kollegger gesagt hat, aufzunehmen? Beispielsweise auch die ganze Frage der Mobilität, der Raumplanung, gestern wurde immer wieder angesprochen, aus unserer Sicht sehr zentral, die Frage der Wärmekraftkopplungen. Also die Energie, etwas ganzheitlicher zu betrachten, die Auslegeordnung ganzheitlich anzusehen und eben das nicht nur eng jetzt als Stromstrategie im Bereich Produktion und Verteilung und dessen Regulierung und vielleicht noch Besitzverhältnisse anzusehen, wie das jetzt vor allem Kollege Heiz beschrieben hat? Ich wäre dann um eine Antwort sehr dankbar.

*Augustin:* Nur zwei kurze Anmerkungen: Zum einen: Totalrevision des Bündner Wasserrechtsgesetzes. Mitte der Neunzigerjahre oder knapp vor Mitte der Neunzigerjahre haben wir ausdrücklich in Art. 70, wenn ich mich nicht täusche, dem Kanton eine Kompetenz erteilt, im Bereiche der regionalen und dann auch überregionalen Netze ordnend einzugreifen. Und ich würde mir wünschen, Herr Regierungsrat, wenn die Regierung in ihrem Bericht auch diesen Aspekt aufgrund der bestehenden gesetzlichen Kompetenz hier eingreifen zu können, darlegend bewerten würde. Zweite Bemerkung: Im Rahmen der Diskussionen auf Bundesebene im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen und den ergänzenden Massnahmen zum Grundsatzbeschluss des Ausstieges aus der Atomkraft wurde auch erörtert und im Nationalrat beschlossen, einen eidgenössischen Sachplan Kraftwerknutzungen zu erstellen. Ich rege die Regierung ausdrücklich an, sich entschieden gegen solche Bundessachpläne sich zu wehren, sich einzusetzen. Solche Sachpläne behindern nur die Entscheidungsfreiheit auf kantonaler Ebene und es ist bedauerlich, dass auch ein Bündner Nationalrat einen solchen Sachplan unterstützt.

*Gasser:* Ich möchte hier einfach eine Lanze brechen für die beiden Voten, dass man diese Gesamtschau eben umfassender macht. Ich denke, es ist ganz wichtig, wenn wir uns nur die Zahl vor Augen haben, wenn wir die Zahl vor Augen haben, dass eben z.B. Atomstrom, wenn wir den Gesamtenergieverbrauch anschauen, nur noch lediglich sieben Prozent ausmacht, dann gibt es ein ganz ein anderes Bild. Es geht um eine Gesamtschau, ich finde das ganz wichtig.

Kollege Kollegger möchte ich doch noch zu bedenken geben, wir sind schon gut hier, es ist nicht nur, dass die anderen alle darüber reden und wir machen es. Wir sind eben auch in der ganz glücklichen Lage und die haben wir uns nicht selbst zu verschulden, dass wir viel Sonne haben und dass wir in den Bergen wohnen. Also das einfach so, aber wir sind schon gut, da hat er schon recht. Dann zum Votum von Herr Heiz, ich finde es auch wirklich wertvoll, diesen Antrag. Ich möchte hier nur zu der Sache des Netzausbaus etwas sagen: Wenn Sie über diese Tagung vom letzten Freitag der SIS vielleicht etwas gelesen haben, ich war an dieser Tagung, dann hat sich dort wieder ganz deutlich gezeigt, dass insbesondere von den neuen erneuerbaren Energien die Regionen profitieren werden. Und jetzt geht es um die Netze. Ich

meine, es geht eben in einer Strategie der erneuerbaren Energien geht es eben auch um dezentrale Stromversorgungen. Und da liegt ein Riesenpotenzial, da ist Forschung notwendig. Die ETH forscht an diesen Dingen und wir hätten hier die einmalige Chance, gerade hier im Kanton Graubünden, mit unseren dezentralen Produktionsmöglichkeiten von Energien hier Vorreiter zu sein in der dezentralen Energieversorgung. Es ist mir schon klar, dass sie mit dem Hintergrund von Rätia Energie oder Repower, absolut legitim und in Ordnung, natürlich diese Riesenleitungen bauen müssen. Ich würde aber dafür plädieren, dass man auch die Kosten, die dazu notwendig sind, den entsprechenden Verursachern zu-rechnet und dass wir eben auch uns bewusst sein müssen, dass dezentrale Netze Versorgungsmöglichkeiten bieten, die eben auch günstiger sind. Und hier könnte der Kanton wirklich eine Vorreiterrolle einnehmen. Ich bin überzeugt, da liegt ein grosses Potenzial. Also bitte nicht vergessen, wenn es um Netzausbau geht, und hier sind Mittel notwendig, ich habe mit verschiedenen Elektrizitätsgesellschaften, kleinen EVU's gesprochen, sie müssen jetzt aufpassen, dass sie diese hoffentlich immer rasanter zunehmenden erneuerbaren Energien auch abnehmen können. Wir haben diese Problematik auch im Zusammenhang mit unserer Windanlage besprechen müssen. Da gibt es technologische Sprünge, da sollen wir uns nicht davon entziehen.

Und dann ist ein letzter Punkt noch: Ich meine, die Ziele, die auch gestern genannt wurden in Bezug auf Stromverbrauch, ich denke, da müssten wir sehen, da sind wir im Kanton Graubünden ja ein bisschen in einer anderen Lage. Wenn wir die Stromverbrauchsstatistiken anschauen, dann ist die Zunahme bedeutend moderater, wir sind hier dezentral, wir haben nicht diese grossen Industrie- und Bürokomplexe, die hier wachsen, ich denke von da her wäre es angemessen, wenn wir da auch noch etwas ehrgeizigere Ziele haben und diese erreichen wir, wenn wir die EVU's, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, es sind eben nicht reine privatwirtschaftliche Unternehmungen, auch dazu bringen, in Energieeffizienz zu investieren. Und da ist noch ein grosser Mangel, andere Staaten und Gebiete haben das vorgemacht. Ich danke für die Kenntnisnahme und hoffe, dass es auch so einfließen wird allenfalls in eine Antwort des Regierungsrates.

*Sax:* Im Vorfeld zu weiteren vielen Detailvorstössen diskutieren wir jetzt einleitend anhand des Auftrages Heiz über Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik. Dabei können wir einmal positiv feststellen, dass die Regierung bereit ist, den Auftrag entgegenzunehmen und so wie es verlangt wird, einen umfassenden Bericht erstellen. Das ist zweifellos zu begrüßen. In zeitlicher Hinsicht muss es so sein, dass dieser Bericht umgehend an die Hand genommen wird, so dass die Präsentation des Berichts und die anschliessende inhaltliche Diskussion hier im Grossen Rat möglichst bald erfolgen können. Diesbezüglich bitte ich Regierungsrat Cavigelli um Bekanntgabe des vorgesehenen Zeitplans, denn in der Antwort der Regierung steht dazu nichts. Zudem sind in mindestens zwei Vorstössen, die wir noch behandeln werden, einen haben wir schon behandelt, unterschiedli-

che Formulierungen betreffend Zeitpunkt und Terminplan der Erstellung des Berichts aufgeführt. Im Auftrag der SP betreffend Einberufung einer Energiekonferenz, den wir gestern behandelt haben, steht „in Bälde“, in der Anfrage Florin steht „nächstens“. Nach meiner Beurteilung gibt es nur eine Formulierung für den zeitlichen Ablauf der Erstellung des Berichts, es sollte nämlich sofort erfolgen.

Die in der Antwort erwähnte Standortbestimmung ist für den Kanton und insbesondere auch für die im Bereich der Produktion der Elektrizität involvierten Gemeinden von zentraler Bedeutung. Wenn wir von Standortbestimmung sprechen, dann werden wir feststellen, dass wir als Kanton und Gemeinden heute wohl in der Produktion mit Schwergewicht Wasserkraft stark vertreten sind. In die Zukunft betrachtet, müssen wir jedoch auch Wege finden, dass wir in den der Produktion nachgelagerten Zweigen stärker Fuss fassen können. Dies eröffnet Chancen auf verschiedenen Ebenen, Vorteile können darin sich ergeben, finanziell für Kanton und Gemeinden. Es können Ausbildungsplätze, Weiterbildungsplätze, Arbeitsplätze insgesamt geschaffen werden. Know-how-mässig im Bereich Elektrizität können wir dann sicher Vorteile schaffen. Wir sind jedoch nicht nur gefordert, in den der Produktion nachgelagerten Zweigen stärker Fuss zu fassen, sondern auch auf der Produktionsseite müssen wir in allen Bereichen der heute möglichen Arten der Produktion von Energie ein offenes Auge behalten, damit neue Projekte ermöglicht werden. Inhaltlich erwarte ich denn vom Bericht, dass er wohl im Rahmen einer Auslegeordnung den aktuellen Stand aufzeigt, sich schwer gewichtig jedoch mit der Zukunft und den sich ergebenden Chancen im Energiebereich für Graubünden befassen wird. Hierfür ist für die ganze Palette der erneubaren Energien breit und umfassend darzulegen, wie sich der Kanton und die Gemeinden positionieren und entwickeln können. Den Gemeinden sind dabei einerseits die bisherigen Möglichkeiten und Zuständigkeiten zu belassen, im Bereich der Wasserkraft denke ich dabei insbesondere an die Wasserhoheit der Gemeinden, und nach Möglichkeit in weiteren Bereichen neue Zuständigkeiten und Freiräume zu gewähren. Die einheimischen Ressourcen sollen durch die Gemeinden genutzt werden können, das Potenzial wird vor Ort durch Initianten erkannt werden. Beweis dafür sind viele Projektabklärungen, die aktuell und in der Vergangenheit gemacht worden sind und auch umgesetzt werden konnten. Auf der Basis eines weiterhin starken Einbezugs der Gemeinden bin ich gespannt auf den Bericht, den uns die Regierung, wie bereits gesagt, hoffentlich sofort vorlegen wird und freue mich auf eine weiterhin spannende Energiezukunft.

*Jeker:* Meinerseits ebenfalls Dank, dass die Regierung bereit ist, den Auftrag Heiz entgegenzunehmen. Ich habe mit Interesse die Energiedebatte verfolgt und wie Sie mich kennen, wissen Sie, dass hier ein zentrales Thema auf dem Tisch ist, nicht nur eben aus aktuellem Anlass. Die Energiefrage, das ist ein Kernthema unseres Kantons. Das ist unsere Kernkompetenz und wenn man die Entwicklung der Technik beobachten kann, nicht nur in der Stromfrage, also in der Wasserkraft. Also ich habe

grosse Freude, dass wir hier nun eine Energiedebatte in sehr positivem Sinne führen können. Weitblickend und aus vielen Voten spürte man, Feuer ist drin, das ist das entscheidende. Man muss wollen. Das Müssen reicht nicht. Man muss wollen und das spüre ich jetzt.

Wenn wir nun aber uns konzentrieren auf diese Energiefrage, auf diese Kernkompetenz, die Kräfte bündeln, dann gehört für mich dazu, Sie können etwa raten, was ich damit meine, nichts anderes als parallel zu dieser Auslegeordnung auch alle Fragen mit Bezug auf die Deregulierung im Rahmen dieser Frage. Ohne Deregulierung, da müssen wir uns kein X für ein U vormachen, ist eine Umsetzung der Ideen absolut unmöglich. Also es sind alle Kräfte gefordert. Und deshalb mein Anliegen, dass bei der Auslegeordnung auch Fragen der wichtigsten Deregulierungspunkte aufgezeigt werden. Es geht nicht ohne gesetzgeberische Anpassungen.

Und ein letzter Punkt noch: Ich bin froh, das Tempo hineinkommt. Das heisst nicht, überstürzen, hat mit dem gar nichts zu tun. Aber ohne Tempo können wir uns nicht aus der ganzen Affäre retten, die eben aus bekannten Gründen von aussen her uns aufgezwungen wird. Ich meine aber zum Abschluss, was gibt es schöneres als mit Freude und Energie in so einer Kernkompetenz eben arbeiten zu dürfen, zu politisieren, aber auch umzusetzen, meine Damen, meine Herren.

*Berther (Camischolas):* Ich bin dagegen, dass der Strategiebericht auf die gesamte Energiepolitik ausgedehnt werden sollten, sondern ich bin viel mehr dafür, dass dieser Bericht sich auf den Strombereich beschränkt sein sollten. Warum? Wir haben gestern die kontroversen Diskussionen gehört, die unterschiedlichen Ansichten und Erwartungshaltungen und ich hatte hie und da den Eindruck, dass ich im Bundestag in Berlin sitze, wenn die SP da kommt mit dem Anliegen einer Energiekonferenz. Das brauchen wir überhaupt nicht. Berlin schaltet die Atomkraftwerke im 2022 ab. Acht Atomkraftwerke sind bereits abgeschaltet. Eine parlamentarische Demokratie keine direkte Demokratie, also das sind ein paar völlig unterschiedliche Schuhe und Ausgangslagen. Deshalb glaube ich, muss man das nicht berücksichtigen. Auch hatte ich den Eindruck, dass ich hie und da im Bundesparlament in Bern sitze, ich verstehe die Nationalratskandidaten, wenn Sie diese Gelegenheit nutzen, denn sie ist so günstig wie selten zuvor. Aber ich warne davor, sich da zu verzetteln, sondern wir müssen wie unser Regierungsrat schon gesagt hat, Fakten bezogen und nicht Ideologie bezogen argumentieren. Deshalb die Beschränkung auf den Stromsektor und nicht allgemein auf die Energiepolitik.

Zur Energiepolitik: Ich glaube, wenn man gestern Regierungsrat Cavigelli richtig zugehört hat, hat der Kanton sehr viel gemacht. Der Kanton hat eine Vorbildfunktion im Kanton, in der Schweiz überhaupt. Wir haben gehört, das fortschrittliche Energiegesetz, die Reduktion, Substitutionsziele, die Effizienzfragen, die Fragen der Sparsamkeit, das hat unser Kanton auf aktuellem Stand aufgearbeitet. Diese zwei Thematiken muss man da nicht länger ausführen. Wir haben auch gehört, was der Kanton unterstützt hat in der Realisierung von Kraftwerken. Sechs wurden bereits gebaut. Acht seien im Bau. Und

mehrere sind in der Projektierung. Also, da läuft etwas und ich ersuche die Regierung und auch Sie, meine geschätzte Kolleginnen und Kollegen, den Fokus in erster Linie auf unseren Kanton zu behalten, aus dieser Sicht diese Strategie zu erarbeiten. Das ist wichtig, natürlich auch als Teil der Eidgenossenschaft.

Eine wichtige Frage, ist die Frage des Strommixes, den der Kanton Graubünden in Zukunft aufweisen sollte. Wenn ich da in Unterlagen, beispielsweise Energiedialog der Axpo anschau. Die zehn grössten Städte, Zürich hat ein Energiemix oder Strommix, einen Anteil von 26 Prozent Atomenergie, Winterthur von 57 Prozent an Atomenergie, St. Gallen 51 Prozent, Luzern 86 Prozent sogar. Und Graubünden, der Anteil an Atomenergie ist verschwindend klein, wenn nicht marginal und überhaupt nicht zu beachten. Also, darum auch mein Gefühl, die Energiewende, die CVP würde lieber Übermorgen statt erst Morgen da etwas unternehmen. Herr Pfenniger, da reden Sie vom falschen Verhältnis oder wähnen sich im Bundestag zu Berlin, aber nicht im Grossen Rat in Graubünden. Also, wir müssen schon schauen, dass wir in Graubünden schon heute eine gute Ausgangslage haben und wie Regierungsrat Mario Cavigelli gesagt hat, die erste Priorität soll deshalb in der neuen Strategiepolitik sein, dass vor allem auf den Ausbau, auf den Zubau der Stromproduktion aus Wasserkraft geachtet wird. Und wie wir letzte Woche aus der Zeitung, in der Südostschweiz vom 27. August wurde dort schon im Interview von Herrn Regierungsrat gesagt und auch von Herr Büser, dem Chef des Amtes, in der Quotidiana. Wir haben ein Ausbaupotenzial von rund 1000 Gigawatt Stunden. Das ist nicht Nichts, sondern ein erheblicher Anteil. Kommt der weitere Ausbau von Kleinwasserkraft, ist auch nicht Nichts. Und wenn wir zu den Kosten kommen, wissen wir doch genau, dass das die günstigste Variante momentan ist. Und wenn die Stromerzeugung aus Fotovoltaik angesprochen wird, Faktor mal sieben oder acht, längerfristig bleibt sie interessant, aber zurzeit prioritär sicher die Wasserkraft.

Ich will als Letztes nur noch zum Schluss auf die Frage kommen oder ein interessanter Aspekt, der in dieser Strategie auch abgehandelt werden sollte, wäre: Die Energiepolitik ist auch Wirtschaftspolitik und ich meine, dass in diesem Bericht auch aufgezeigt werden sollte, in wie weit kann unser Kanton, unsere Regierung die Chance nutzen, die den grösstmöglichen Nutzen aus unserer Energie, aus dieser Strategie zu ziehen. Ich denke da, das ist schon erwähnt worden, auf eine geeignete Gewinnbeteiligungsstrategie bei den anstehenden Heimfällen. Wir wissen, dass ist nicht ein gerade antiquiertes Modell, aber doch ein Modell, das über mehrere Jahrzehnte besteht und sich da mehrere Fragen stellen, eben ob die Gemeinden in welcher Form partizipiert werden sollen weiterhin. Es ist erwähnt worden, der Kanton Tessin tendiert hingegen zu einer Verstaatlichung sogar dermassen hoch ein, dass ich sicherlich nicht mehr Anleger wäre. Aber in diesem Bereich liegt ein grosses wirtschaftliches Potenzial, das es zu klären gibt gemeinsam mit den Gemeinden und den Partnern. Ein anderer wichtiger Punkt, meine ich auch, dass das Wachstumspotenzial des Stromhandels auch vermehrt angeschaut werden sollte. Wir wissen, dass mit den Handelsaktivitäten eine

hohe Wertschöpfung verbunden ist. Das Beispiel Repower zeigt das. Und angesichts der fortschreitenden Strommarktliberalisierung und auch der steigenden Preise, die sicher oder wahrscheinlich eintreten werden, wäre das sicher ein sehr interessantes Feld, auf dem mehr Gewicht gelegt werden sollte. Wo im Kanton Graubünden vielleicht die Energieplakette die den Gemeinden zusteht, geschaut werden müsste, dass auch diese im Kanton Graubünden eingeführt werden.

*Kollegger (Chur):* Ratskollege Berther möchte sich bei der Strategie ausschliesslich auf den Bereich Strom konzentrieren. Ich habe in meinem Eintretensvotum beziehungsweise in meinem Votum vorhin versucht aufzuzeigen, dass sich Strompolitik nicht von einer ganzheitlichen Energiepolitik trennen lässt. Der Fokus wird sich automatisch öffnen. Sie werden sehen, Ratskollege Berther, denn wenn sich die Regierung bei der Ausarbeitung ihrer Strategie nicht um die Entwicklungen, z.B. im Gebäudebereich, die Implikationen auf den Stromverbrauch haben oder im Mobilitätsbereich, die ebenfalls zu einem höheren Stromverbrauch führen können, wenn sich die Regierung solchen Entwicklungen verschliesst, dann ist die Strategie für den runden Ordner bestimmt und nicht für die Debatte im Rat.

Ratskollege Gasser, Sie spielen ein ganz gefährliches Spiel und ich weiss nicht, ob Sie sich dieser Verantwortung bewusst sind. Sie plädieren für dezentrale Versorgung und machen glaubhaft, es brauche deswegen keinen Leitungsausbau. Ich möchte Ihnen hierzu sagen, die Leitungen sind heute am Limit. Wir schrammen im Winterbereich, um Weihnachten/Neujahr schrammen wir an Ausfällen vorbei, die nicht hypothetisch sind oder irgendwie ein Drohgebärde oder Angstmache, sondern die sich bereits verschiedentlich ausgewirkt haben mit grossflächigen Stromausfällen, bei denen Millionen von Haushalten ausserhalb der Stromversorgung waren. Zweitens, die grossen Produktionskapazitäten im Bereich Wind und Sonne, die werden jetzt gebaut. Die erneuerbaren Energien, die grossen Windparks in der Nord- und Ostsee, die werden jetzt gebaut. Die Energie muss jetzt vom Norden in den Süden oder nach Zentral-europa kommen, warten Sie nicht mit dem Leitungsausbau. Dezentrale Versorgung ist berechtigt, ist Zukunftsmusik. Wenn Sie Herr Gasser den Leitungsausbau aber nicht jetzt vornehmen wollen, sondern zuwarten auf die dezentrale Versorgung, dann gefährden Sie die Versorgungssicherheit im Kanton Graubünden und in der Schweiz in einem nicht zu verantwortenden Masse.

*Thöny:* Herr Berther hat mich jetzt insofern etwas herausgefordert, als dass er da den allgemein missverstandenen Zustand noch einmal beschönigt hat, dass wir in Graubünden ja überhaupt kein Problem hätten. Wir haben ja eine gute Wasserversorgung. Wir können uns quasi per Bilanz mit Wasserkraft versorgen. Es ist tatsächlich so, dass wir vier Mal mehr Strom produzieren mit Wasserkraft, als wir insgesamt konsumieren. Ich aber als Repower-Konsument habe in meinem Portfolio 98,5 Prozent europäischen Graumix, wenn ich mich nicht bewege und sage, ich möchte entsprechend einen anderen Strom einkaufen. Aber der Grundmix ist 98,5

Prozent, europäischer Graumix mit Kohlekraft, mit Atomkraft. Und das ist schon noch ein Bisschen eine falsche Vorstellung die Viele haben. Wir leben in Graubünden, also unser Stromverbrauch wird gedeckt mit Wasserkraft. Das ist falsch. Ich verstehe aber Ihr Anliegen, dass man im Bereich, im vielfältigen Bereich der Wasserkraftproduktion entsprechend auch im Bericht die verschiedenen Aspekte beleuchten soll. Das soll geklärt werden, dass soll aufgezeigt werden. Es soll aber nicht ausschliessen, dass andere Bereiche in der Stromproduktion und im Stromverbrauch auch, dort aufgeführt werden sollen. Und da bin ich völlig einverstanden mit Ratskollege Kollegger. Es geht um eine Gesamtschau der Energiepolitik. Es geht um die Produktion und um den Verbrauch. Beispielsweise der Verkehr: Einerseits haben wir mit der RhB ein Unternehmen, dass uns im öffentlichen Verkehr praktisch über den ganzen Kanton versorgt und vom Strom abhängig ist. Der Individualverkehr wird in Zukunft vermehrt mit Strom funktionieren. Elektrofahrzeuge sind in der Entwicklung und werden irgendwann einmal einen nicht unbeträchtlichen Teil des Verkehrs ausmachen. Das muss mit einbezogen werden. Oder ein weiterer Punkt: Wir produzieren relativ viel Wärme, die ungenutzt und damit mit einem schlechten Wirkungsgrad auch verpufft. Wenn wir diese Wärme mit Wärmekraftkopplungsanlagen noch einmal nutzen könnten und sie verstromen könnten, dann könnten wir einiges an unserer zukünftigen Stromproblematik in den Griff bekommen. Wir gehen davon aus, dass wenn wir schweizweit Wärmekraftkopplungsanlagen fördern würden im kleinen Bereich, also bei kleineren Anlagen, dass man rund einen Viertel der Atomenergie substituieren könnte. Also auch dieser Bereich Wärmeproduktion muss in Zusammenhang gebracht werden mit Stromproduktion. Und wenn man das Ganze so anschaut, dann kann man wirklich nicht nur davon ausgehen, dass eine Strategie der bündnerischen Strompolitik sich nur auf Wasserkraft konzentriert. Also ich wäre auch froh, wenn Herr Regierungsrat da uns aufzeigen könnte, ob das die Regierung auch etwas breiter gefächert sieht.

*Heiz:* Nur noch ein paar Bemerkungen zu den Voten der Vorredner. Ich bin völlig einverstanden mit den Herren Kollegger und Pult, dass Strom nur ein Teil und zwar ein relativ kleiner der Gesamtenergie-Problematik darstellt. Das stimmt, aber wenn wir jetzt eine Bündner Politik definieren wollen, dürfen wir nicht vergessen, was die Energie, also eben nicht den Strom anbetrifft, haben wir ein ganz neues und ich meine gutes Energiegesetz, das insbesondere die Förderung der neuen, erneuerbaren und die Energieeffizienz fördert und regelt. Und ich glaube, bevor wir jetzt hier, kaum ist das Gesetz in Kraft, alles neu erfinden wollen, sollten wir zuerst das Gesetz konsequent anwenden. Also, deswegen war der Titel meines Auftrags Strompolitik und nicht Energiepolitik. Klar, es muss immer im Zusammenhang passieren, aber die Idee, mal sich auf das eigentlich für uns Wichtigste und Dringendste zu konzentrieren, nämlich die Strompolitik. Deswegen das zur Erklärung, warum es um Strompolitik gehen soll, aber ich bin mit Ihnen einverstanden, es muss immer im Zusammenhang mit der Gesamtenergiesituation behandelt werden.

Zu den Netzen, Herr Gasser, unterstütze ich hier das Votum von Grossrat Kollegger. Wir müssen aufpassen, dass wird leicht so auf die Seite geschoben, weil niemand so genau weiss, um was es geht, aber es ist dringend, es ist extrem kostspielig, es wird schwierig sein und wenn das nicht gelingt, den Netzaus- und -umbau, natürlich längerfristig, in ein Smartgrid, ein dezentrales Netz, für ein dezentrales System also, wenn das nicht gelingt, dann werden wir den Atomausstieg auch nicht schaffen.

*Gasser:* Vielleicht gleich als Stellungnahme zum letzten Votum. Herr Heiz, das eine ist, meine ich, nicht ganz richtig, im Energiegesetz wird nämlich nichts gesagt über die Förderung z.B. von Photovoltaik. In der nächsten Session werden Sie die Gelegenheit haben, einen Antrag, den ich vorbereitet habe, hier etwas ins Gesetz einzubauen. Also das ist insofern nicht ganz korrekt. Das zweite, wegen dem Ausbau des Netzes, da gebe ich sowohl Herrn Kollegger als auch Ihnen, Herr Heiz, 100-prozentig Recht, ich wurde da missverstanden. Es geht nicht um den Nichtausbau der Netze, sondern es geht um die Setzung der Schwerpunkte. Von Herr Heiz habe ich nur gehört „Hochspannungsnetze“ und ich meine, wenn ich die Versorgung, jetzt schon die Leute in den einzelnen Gemeinden höre, dann sehen Sie, dass eben genau hier jetzt die Probleme sind. Wir bauen wohl Anlagen, Windparks usw. im hohen Norden, aber die müssen mal stehen. Das europäische Netz ist eine internationale Angelegenheit. Auf dieser Bühne müssen wir uns sicher dafür einsetzen und setzen wir uns dann auch ein, dass eben die Erneuerbaren tatsächlich die Priorität haben. Das ist dann auch noch eine Frage, aber das andere ist, und das erlebe ich hier in der Stadt Chur, dass die IBC eben wirklich Bedarf hat, die Netze zu erneuern und da wird es Mittel brauchen, um eben auch diese dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien zu bewältigen, also das meinte ich. Und da wäre eben auch Forschungsbedarf und wenn ich schaue die Leistungsaufträge an die HTW, wir sprechen schon immer von Kompetenz, lieber Leo Jeker, das finde ich an sich toll, nur sehe ich in den Hochschulen in dieser Beziehung wirklich sehr wenig bis nichts. Ich denke, da müssten wir jetzt auch Gas geben und diese Netzgeschichten und erneuerbare Energien verankern, es wurde auch schon darüber gesprochen.

Und zu Placi Berther, da finde ich es an sich toll, Energiepolitik ist auch Wirtschaftspolitik, aber es wäre natürlich falsch, sich im Gefühl zu ergeben, ja wir produzieren ja so viel Wasserstrom, Atomstrom ist vernachlässigbar, da haben wir nichts zu tun. Nein, es geht doch ökonomisch darum, dass wir die Energie hier im Kanton, den Strom möglichst effizient nutzen und da deshalb natürlich mehr Strom für den Export haben mit hoher Wertschöpfung. Es geht um die ökonomische Wertschöpfung, unseren wertvollen, sauberen Strom eben zu exportieren, anstatt ihn hier zu verschwenden. Da denke ich nur an die Tarifpolitik von gewissen Gemeinden, die den Strom praktisch verschenken, damit er verschleudert wird. Das kann es nicht sein. Und ich denke, da müssten wirklich die EVU's einbezogen sein und die EVU's müssten hier eben auch in diese Richtung gehen. Und da

eine kleine Anmerkung, eine Aufforderung an die Repower: Sagen Sie uns, dass Sie dann durch diese Hochleistungsnetze auch erneuerbaren Strom schicken und nicht Kohlestrom! Ich weiss, dass bis jetzt die Repower nicht bereit ist, Lago Bianco mit erneuerbarem Strom zu bedienen. Bis jetzt hat man eine Zusage, bitte Verwaltungsrat, Herr Berther, kann mich hier vielleicht informieren, bis jetzt weiss ich nur von einer Zusage von maximal zehn Prozent. Es kann doch nicht sein, dass unsere wirklich tolle Repower Kohlestrom veredelt, ihn als Kohlestrom oder Atomstrom einkauft, über den Lago Bianco nachher runter lässt und dann das Gefühl hat, die Leute glauben ihnen, den verkaufen sie als schönen, wunderbaren Wasserstrom. Das kann's nicht sein. Da hätte ich gerne einmal ein Comittment, immerhin 46 Prozent gehören uns allen, auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein. Herr Regierungsrat.

*Regierungsrat Cavigelli:* Die Meinungen letztlich, was in diesem Bericht drinstehen soll, die gehen nur scheinbar auseinander. Ich komme darauf noch zurück. Ich möchte aber zu den Voten im einzelnen Stellung nehmen nach der Reihenfolge der Äusserung.

Zuerst einmal der Antragsteller, Grossrat Heiz, er erwähnt, dass er die Energieversorgung weiterhin als Aufgabe von Privaten sehen möchte. Er erwähnt, dass grundsätzlich das Modell der Partnerschaft bei dem Kraftwerkseigentum und beim Betrieb von Wasserkraftwerken sich bewährt habe und er sorgt sich auch um die Stromübertragungsnetze. Es ist in der Tat so, dass das natürlich Themen sind, die uns auch heute noch begleiten, auch wenn die Strategie im Jahr 2000 erstellt worden ist zu diesen Punkten.

Die Energieversorgung hat sich ja grundsätzlich gewandelt im Verlaufe der Zeit, vom Jahr 2000 bis 2010. Insbesondere hat es neu ein Stromversorgungsgesetz auf Bundesebene gegeben. Beim Stromversorgungsgesetz wird vorgesehen, dass die höchsten Netzebenen, die Übertragungsnetze von nationaler und internationaler Bedeutung, dass die einer nationalen Gesellschaft übertragen werden, der sogenannten Swissgrid AG. Grossrat Heiz hat diese Gesellschaft in seinem Votum auch erwähnt. Niedrigere Ebenen, niedrigere Netzebenen sind dann hingegen anders zu regeln, nicht national zu regeln, und da haben die Kantone den Auftrag bekommen, Grundlagen zu erlassen. Wir haben das auch gemacht mit dem kantonalen Stromversorgungsgesetz im Jahr 2009. Und wir sind zurzeit dabei, diese Arbeit der Netzzuteilung abzuschliessen. Bis auf zwei Gemeindegebiete ist diese Netzzuteilung für die lokalen Netze mittlerweile erfolgt. Es sind also nur zwei Gemeindeterritorien noch nicht geregelt. Dies deshalb, weil dort eine Einigung nicht möglich geworden ist. Und diese Netze, diese tieferen Netze werden durch die Energieversorgungsunternehmen, oder wie Herr Gasser sagt, die EVUs betrieben. Wir haben zurzeit im Kanton Graubünden 97 solche EVUs, die solche Netze betreiben. Diese Vielfalt von Eigentümerschaften birgt natürlich Chancen, aber es birgt auch Potenzial für negative Risiken. Ich habe ges-

tern Nachmittag nur eines davon erwähnt, dass wir natürlich nicht zuletzt auch deswegen hohe Unterschiede haben bei den Netznutzungstarifen. Ich habe erwähnen dürfen, dass wir 1,8 Rappen bis über 17 Rappen pro Kilowattstunde Netznutzungstarife haben unter Umständen, je nach Profil der Kundschaft und dass also zwischen Maximum und Minimum 950 Prozent Preisdifferenzen liegen. Wir sind der Meinung, dass dies eine ungünstige Situation ist, die anzugehen ist. Insofern werden wir uns also im Feld Netze sicherlich in der einen oder anderen Form noch bewegen. Dies aber auch im Wissen, dass natürlich nicht Strom produziert werden kann und dann auch transportiert werden kann ohne Übertragungsmöglichkeit.

Auch zum Umfeld der Netze ist noch etwas nachzuholen, was gestern Nachmittag der Fraktionschef FDP ins Feld geführt hat: Die Liberalisierung, die Verfahrensbeschleunigung, insbesondere auch beim Netzbau. Wir müssen auch hier wiederum einfach den Realitäten ins Auge sehen, wo wir etwas machen können und wo wir nicht zuständig sind. Der Netzbau ist ein Klassiker, wo grundsätzlich der Bund am Drücker ist. Es gibt dort ein nationales Elektrizitätsgesetz, wo auch die Starkstromleitungen, der Leitungsbau, verfahrensmässig geregelt ist. Und es gibt auch ein eidgenössisches Inspektorat dazu, das Eidgenössische Starkstrominspektorat. Der Pfeil, der hier, oder ich sage mal, der Ball, der hier aufgeworfen ist, der wird aufzufangen sein durch im Wesentlichen die Bundespolitik. Wir sind hier nur begleitend mit dabei, in diesen relativ bescheidenen Aufgaben, die uns in diesem Punkt überlassen sind.

Mit Blick auf die Netze hat sich auch Grossrat Gasser geäußert. Er sagt beispielsweise, dass für die Einspeisung die neuen erneuerbaren Energien einen Vorrang haben müssen für die Beanspruchung der Übertragungsmöglichkeit. Das wird sich, Herr Gasser, von alleine ergeben, weil letztendlich ist die Stromproduktion ja im Wesentlichen ein physikalisches Phänomen. Man kann Strom produzieren, und zwar nur so viel im Grundsatz produzieren, sinnvoll produzieren, wie dann letztlich auch abgenommen wird. Es muss immer wieder, wenn irgendetwas in die Leitung kommt, auch irgendetwas wieder abgenommen werden, und zwar sinnigerweise genau gleich viel. Nicht selten wird das Stromnetz, das Übertragungsnetz, auch mit einer Autobahn verglichen. Ich denke, dass dieser Vergleich eigentlich nicht so gut ist, weil bei der Autobahn und im Strassenverkehr haben wir uns daran gewöhnt, dass es Stau gibt und dann steht man einfach still und fährt danach wieder weiter. Beim Stromnetz ist es letztlich aus physikalischen Gründen so, dass dies, wenn es in erheblichem Masse zu Unregelmässigkeiten in der Systemübertragung, in der Mengenübertragung kommt, dass wir dann einen Kollaps des Systems haben. Was ist daraus abzuleiten? Daraus ist abzuleiten, wenn in ganz gewichtige neue erneuerbare Energien investiert wird und diese dann produzieren, dann wissen wir auch, dass diese Energie stochastisch ist. Sie kommt dann, wenn sie dann halt eben kommt. Die Sonnenenergie, die Voltaik-Anlage produziert dann, wenn die Sonne scheint, sagen wir plastisch von 08.00 bis 20.00 Uhr und stellt dann auf einen Klapp ab. Genau gleich ist es bei der Windenergie. Sie produziert dann,

wenn es windet und wenn der Wind sich einstellt, dann stellt sie, ob man es will oder nicht, stellt die Produktion ein. Konkret kommen grosse Herausforderungen auf das Netz zu. Durch das, dass man riesige Schwankungen im Netz hat und, wenn ich das wiederholen darf, das, was reinkommt, muss irgendwo auch wieder abgenommen werden, sonst haben wir einen Kollaps, nicht nur einen Stau. Und das bedeutet naturgemäss, ich als Jurist sollte das Wort nicht zu viel in den Mund nehmen, aus physikalischen Gründen ist das schon geboten, dass die neuen Energien Vorzug haben müssen. Und das wird natürlich letztlich auch ganz erhebliche Auswirkungen haben auf das ganze Stromhandelssystem. Heute geht man davon aus, mit Kernkraftstrom einen Basissatz zu haben, der permanent über 24 Stunden pro Tag über 365 Tage im Jahr einen Bodensatz an Energie liefert und dass nur diese Menge darüber dann plus/minus noch neu geregelt werden muss. Wenn wir also diesen Bodensatz von rund 40 Prozent Atomstrom beispielsweise in der Schweiz wegnehmen und ersetzen durch Energieträger, durch Produktionsträger, die grosse Wellenbewegungen herauf-, heruntermachen, dann wird die Anforderung an das System natürlich viel, viel grösser. Ich würde meinen, dass sich der Stromvertrieb als Geschäftsfeld grundsätzlich neu schreiben muss und es wird deshalb auch so sein, dass in dieser grundsätzlichen Neuschreibung die neuerbaren Energien beim Einspeisen Vorzug haben werden.

Grossrat Heiz hat auch darauf hingewiesen, dass ein riesiges Potenzial liege bei der Frage des Heimfalls. Dieses Thema ist ja auch angesprochen worden im Auftrag Augustin. Es sind aber auch einige Nachredner gewesen, die darauf hingewiesen haben und diese Bedeutung, diese Chance, hervorgehoben haben. Ich denke, dass wir auch bei der Behandlung des Auftrags Augustin darauf nochmals zurückkommen werden und ich möchte Ihnen einfach bestätigen an dieser Stelle, unter diesem Titel, dass das Wertschöpfungspotenzial der Wasserkraft und somit auch die Frage von Heimfällen, allfälligen vorzeitigen Heimfällen, von Seiten der Regierung natürlich auch als sehr hoch eingeschätzt wird. Wir sehen in diesem Potenzial der Wasserkraft gewissermassen sogar eine dritte volkswirtschaftliche Säule für unseren Kanton.

Grossrat Kollegger hat einige Zielaspekte hervorgehoben, die gestern eigentlich behandelt worden sind und ich möchte nur zu einem Thema aus seinem Votum Ausführungen machen, das dann auch Nachbereitung gefunden hat durch Herrn Pult, durch Herrn Gasser und Grossrat Berther, insbesondere nämlich die Frage, im Prinzip auf dem Fundament, dass wir unterscheiden müssen zwischen Strom und Energien. Diese Feststellung ist natürlich wirklich sehr wichtig, weil in der Tat rund drei Viertel der Energie aus andern Trägern besteht als effektiv aus Strom und nur ungefähr ein Viertel der Energie ist letztlich in der Qualität von Elektrisch, nur ein Viertel kommt in der Form von Elektrisch daher. Diese Problematik auch, dass es natürlich einen Bedarf gibt, vor allem die fossilen Energiequellen zu verdrängen, vor allem aus der Optik des Klimaschutzes, CO<sub>2</sub>-Problematik als Stichwort. Eine Aufgabe, die wir vor allem im kantonalen Energiegesetz im Bereich der Ge-

bäude ja angehen und, ich meine, sehr ambitioniert angehen. Diese Frage ist natürlich in der Tat bedeutend und ich habe gestern darauf hinweisen können, dass wir wissen, dass aus dieser Substitutionsproblematik, fossile Energien ersetzen durch andere Energieträger, vor allem eben vielleicht im Heizbereich durch Wärmepumpen, und die funktionieren ja auch nicht einfach nur, weil man mit dem Finger schnippt, sondern die funktionieren mit Elektrisch und Sie haben Recht, dass aus dieser Problematik natürlich Quereffekte für die Stromsituation entstehen. Es sind aber auch andere Bereiche. Bevölkerungswachstum, mehr Leute brauchen einfach mehr Strom. Wirtschaftswachstum, wenn die Wirtschaft läuft, dann laufen Maschinen mehr, brauchen wir Strom. Wenn wir eben Anlagen in den Häusern, Haushalten substituieren, die mit Strom betrieben werden, dann braucht es mehr Strom. Bei der Elektromobilität. Beim öffentlichen Verkehr. Ich bin darauf eingegangen gestern und wir sind natürlich der Meinung, dass diese Effekte nicht nur Nebenschauplätze sind im Bereich einer Auslegeordnung, wie viel Strom wir letztlich zur Verfügung stellen müssen, wo wir letztlich Stromkonsumenten oder Konsumentenqualitäten haben, sondern dass dies irgendwie in diesen Strombericht auch eingearbeitet werden muss. Und jetzt müssen Sie aufpassen, Herr Pult. Sie haben das ja auch gewünscht. Letztlich wollen Sie ja auch den Auftrag sogar noch etwas weiter ausdehnen als Herr Kollegger, in dem Sie sagen, die ganze Mobilität sei mit einzubauen, die Raumplanung sogar und die Wärme. Ich möchte dann allerdings schon nicht so verstanden werden, dass wir soweit gehen wie Sie das angestossen haben. Aber ein Thema ist doch tatsächlich auch von erheblicher Bedeutung in diesem Kontext und Andreas Thöny hat hier sachverständig auch das Thema angesprochen, nämlich im Bereich Wärme. Tatsächlich ist es so, dass man aus Energieträgern ja einerseits Wärme machen kann, aber man kann natürlich auch noch hochwertigere Energie machen, nämlich Strom. In gewisser Weise sind das manchmal dann Konkurrenten miteinander. Man will Wärme, kann dann keinen Strom machen oder man will Strom und kann dann keine Wärme machen. Aber es gibt auch Systeme, wo sich dies koppeln lässt, bei Wärmekraftkoppelungsanlagen. Also wenn auch diese Diskussion zu solchen Systemen zu führen ist, dann wird das im Strombericht mindestens auch angesprochen werden müssen. Und ich kann Ihnen versichern, dass es auch angesprochen wird, weil es ein Teil auch ist der Facette alternative Energien oder eben neue erneuerbare Energien, die in diesem Zusatzbericht von Grossrat Jürg Kappeler auch Eingang gefunden hat und die im Übrigen auch Teile beisteuern muss, um im Strommix den Anteil der neuen erneuerbaren Energien zu erhöhen.

Nur um das Problem Wärme auch noch ein bisschen auszuführen, vielleicht einfach zu sensibilisieren: Es gibt ja auch noch den Bereich der Tiefengeothermie, also wo man mit heissem Wasser oder einfach mit Wärme in Erdtiefen Energie erzeugen will. Wenn sich herausstellt bei Bohrungen, dass die Temperaturen, die man antrifft in der Tiefe, zu gering sind oder nur nicht so hoch sind, dann kann man im guten Fall Wärme produzieren. Und wenn die Temperaturen, die man antrifft in Erdtiefen

eben sehr hoch sind, dann kann man im guten Falle nicht nur Wärme, sondern auch Strom produzieren oder vielleicht dann eben sogar beides. Also die Wärmeproblematik, die Wärmeproduktion, sie hat einen Konnex zur Stromfrage.

Grossrat Augustin hat ein Thema angesprochen, das wir auch sehr sensibel verfolgen, nämlich der allgemeine Trend der Bundespolitik, gewisse Aufgaben und Kompetenzen jetzt an sich ziehen zu wollen. Dies in erster Linie vielleicht auch ein bisschen als Ausdruck noch der teilweisen Irritation und Ausweglosigkeit, wie sie vielleicht jetzt bei diesem sportlichen Vorhaben Energiewende ausgelöst worden ist. Letztlich kämpfen wir natürlich aus der Sicht Kantone dafür, dass wir die Autonomien, die Selbstständigkeiten halten können in verschiedensten Bereichen, in denen wir uns auch tatsächlich als gerüstet ansehen, als kompetent ansehen. Ganz wesentlicher Teil davon ist ganz bestimmt die Wasserkraft. Wir haben hier sehr viel Sachverstand auch aufgebaut über die letzten Jahre, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch ausserhalb der Verwaltung, beispielsweise sogar auch bei Gemeinden und sicherlich auch bei einzelnen Unternehmen, die hier bei uns tätig sind. Und wir gehen davon aus, dass wir uns hier gewinnbringend längerfristig eben noch besser einbringen können, als wenn uns der Bund, der zum Teil andere Zielvorstellungen hat und vor allem auch andere Gewichtungen hat als wir, wenn wir uns hier als Kompetenzzenter durchsetzen können in Verbund mit den übrigen Wasserkantonen, die ja im Übrigen auch zusammengefasst sind in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone. Wir möchten also vor allem in diesem Punkt schauen, dass wir am Drücker bleiben, dass wir die Elektrizitätspolitik im Bereiche insbesondere der Wasserkraft selber mitformulieren können. Es gibt aber natürlich auch weniger spannende Schauplätze, wo die gleiche Frage der Kompetenzattraktion durch den Bund an sich, sich stellt und es falsch wäre, dem Bund zu viele Kompetenzen zu geben. Ich möchte darauf aber nicht eingehen, obwohl ich Beispiele auch im Köcher hätte.

Grossrat Sax erkundigt sich nach dem Zeitplan für den Bericht Heiz, wenn ich jetzt das richtig aufgenommen habe. Wir gehen davon aus, dass „nächstens“ und dass „in Bälde“ Angaben sind für kurze Zeiträume und kurze Zeiträume gestatten es uns, im Jahr 2012 höchstwahrscheinlich den Bericht zu bringen. Wir hoffen, dass es im Verlaufe Mitte 2012 soweit sein wird. Für ein Sofort wird es nicht reichen, weil sonst die Sorgfalt, die Seriosität in der Arbeit, leiden würde.

Vieles ist jetzt gesagt worden, auch was die Grossräte Jeker und Berther angesprochen haben. Etwas möchte ich noch sagen zum Votum von Grossrat Thöny. Er bemängelt im Prinzip, dass er die Transparenz nicht habe oder er habe die Transparenz beim Strom, den er selber verwende, aber er möchte anderen Strom beziehen, als was er standardmässig geliefert bekommt von seinem Energieversorgungsunternehmen. Im Prinzip ist es so, dass es eine Stromkennzeichnungspflicht gibt und man als Konsument sich damit auseinandersetzen kann, woher man letztlich dann Strom bezieht. Es ist die Aufgabe meiner Meinung nach jedes Privaten, sich damit auseinanderzusetzen und letztlich sich auch zu unterhalten

oder sich in Verbindung zu setzen mit dem Energieversorgungsunternehmen, das ihn dann eben auch mit Strom bedient, welche Mechanismen hier die richtigen sind. Aus der Sicht des Kantons sehe ich mindestens für den Stand heute, Stand unseres heutigen Wissens, nicht die Möglichkeit und auch nicht unbedingt das grosse Interesse, hier so operativ auf die Ebene der 97 einzelnen Energieversorgungsunternehmen in unserem Kanton Einfluss zu nehmen. Indirekt schwebt bei ihm auch ein bisschen die Kritik an, ähnlich wie bei Jos Gasser, dass man dem Strom aus neuen erneuerbaren Energien zu wenig Gewicht beimesse, generell es zu wenig priorisiere, ich sage gewissermassen nicht auf das Podest stelle. Dem möchte ich einfach ganz generell entgegnen, dass es auch eine Frage der Kapazitäten ist, auch eine Frage ist der Strommenge, die letztlich über die neuen erneuerbaren Energien in unser System eingespielen wird. Wenn wir also z.B. vom heutigen Strommix ausgehen, wo wir rund 91 Prozent, 92 Prozent aus der Grosswasserkraft haben, wo wir ungefähr sieben Prozent aus der Kleinwasserkraft haben und wenn Sie gut im Rechnen sind, merken Sie, dass ich fast schon bei 100 Prozent bin, dann können wir also nicht dem übrigen einzigen Prozent neue erneuerbare Energien ohne die Kleinwasserkraft irgendwie eine Priorität einräumen, wie Sie hier mindestens rhetorisch zum Ausdruck kommt.

*Heinz:* Ich habe bewusst gewartet, bis der Herr Regierungsrat gesprochen hat. Ich danke ihm für die Ausführungen. Hingegen mit Ratskollege Gasser bin ich nicht gerade so einverstanden oder ich fühle mich gezwungen, etwas zu sagen. Er hat gesagt, vor allem die peripheren Gemeinden würden ihren Strom praktisch verschenken. Man müsste da viel mehr sparen, damit wir diesen Strom exportieren können. Sehr geehrter Herr Kollege Gasser, Sie müssen einmal beim Amt für Gemeinden vorbeigehen und fragen, wie sie den kleinen, finanziell schwachen Gemeinden zu ihrem Glück verhelfen. Ich bin da ganz anderer Auffassung. Wir sind doch nicht in einem Dritt-Welt-Land. Ich meine die Energie, die wir produzieren, die saubere Energie, die wir produzieren in unseren Talschaften, in diesem Kanton, darf unsere Bevölkerung ohne schlechtes Gewissen nutzen. Es macht doch keinen Sinn, dass wir praktisch wie in den Dritt-Welt-Ländern sparen, nicht einmal eine warme Stube haben für die Kinder. In Zürich unten, oder noch weiter unten, heizen wir Schwimmbäder, Weihnachtsbeleuchtung und weiss ich was alles. Das darf es nicht sein. Da bin ich ganz anderer Meinung, Herr Kollege Gasser.

Vielleicht könnten Sie mir aber noch sagen, wenn dann da diese Photovoltaikanlagen und alle diese erneuerbaren Energien bzw. die Produktionsmittel in das Alter kommen, wie wir diese entsorgen? Nach meinem Wissen hat es ja in diesen Photovoltaikanlagen sogar Silicium drin und weiss der Kucker was alles. Was machen wir wieder? Vergraben wir die hinter dem Haus oder machen wir es dann wie beim Atomstrom, legen wir das mal auf einen Haufen und warten dann auf die nächste Generation, die diesen entsorgt? Ich meine, im Bericht müsste man ganz wenig, einen kleinen Punkt, diesem Thema auch widmen. Wie entsorgen wir diese Angelegenheit bzw. diese Produktionsmittel, wenn die in die Jahre

kommen und wir sie nicht mehr gebrauchen? Denn es gibt ja, bin ich überzogen, in zehn Jahren gibt's riesen Fortschritte auf dem Gebiet. Das habe ich ja von allen gehört, wie das läuft. Ich wäre da sehr dankbar, wenn die Regierung das aufnehmen könnte.

*Thöny:* Ich möchte zu zwei Sachen, was Herr Regierungsrat Cavigelli gesagt hat, kurz Stellung nehmen respektive diese relativieren. Das Erste ist Ihre Aussage, dass mehr Leute mehr Strom brauchen. Das ist nicht wirklich so, das ist eine Fehlbeurteilung. Und der beste Beweis dafür ist der Bundesstaat Kalifornien, eine der zehn grössten Volkswirtschaften, die in den letzten 30 Jahren den Stromverbrauch stabil halten konnte, trotz Bevölkerungswachstum und trotz eines vergleichbaren Wirtschaftswachstums. Dies deshalb, weil sie für EVU's ein Bonus-Malus-System eingeführt haben. Also es ist nicht Gott gegeben, dass mehr Leute einfach mehr Strom brauchen. Und das Zweite: Sie sagen, weil der Anteil der neuen erneuerbaren Energien im Stromverbrauch, in der Stromproduktion einen verschwindend kleinen Anteil von unter einem Prozent oder rund einem Prozent hat, deshalb dürfe man diesem Anliegen nicht zu viel Priorität beimessen. Ich meine eben gerade deshalb, weil es ein verschwindend kleiner Anteil ist und weil in Zukunft dieser Anteil zwingend erfüllt sein muss, muss dieser Art von Stromproduktion die höchste Priorität zugewiesen werden.

*Standespräsident Bleiker:* Grossrat Gasser, Sie haben schon zwei Mal gesprochen. Ich habe Buch geführt, obwohl ich nicht Buchhalter bin. Die Worte „in der Regel“ gemäss Art. 56 GGO gedenke ich relativ restriktiv zu handhaben. Weitere Wortmeldungen? Herr Regierungsrat.

*Regierungsrat Cavigelli:* Nur ganz kurz zu dem, was Grossrat Thöny sagt. Wir haben ja gestern als erste Zielvorstellung präsentiert, dass wir eine 2000 Gigawatt Bündner Gesellschaft wollen und dass dies einem Nullwachstum als Zielgrösse entspricht. Aber es ist natürlich nicht zu verkennen, Herr Thöny, und das darf nicht unwidersprochen bleiben, wenn wir nichts machen und wenn wir mehr Leute haben, wenn die Wirtschaft wächst usw., dann brauchen wir einfach mehr Strom. Ich verstehe diese Logik nicht, die Sie da irgendwie in den Raum stellen. Wir müssen andere Massnahmen ergreifen, um dem Wachstum des Stroms entgegen zu wirken. Und wir sind auch bereit. Ich habe das so formuliert für die Regierung. Wir sind bereit für dieses Ziel „Nullwachstum“, auf dieses Ziel hin zu arbeiten.

Noch etwas zur Bedeutung neuer erneuerbarer Energien: Auch gestern haben wir erklären dürfen, dass eine Zielvorstellung besteht, dass wir bis 2035 550 Gigawattstunden aus neuen erneuerbaren Energien produzieren wollen und das ist ja in der Tat nicht Nichts. Sie haben gestern auch erfahren dürfen, Herr Thöny, dass wir gesagt haben, dass es hier beispielsweise ein Windkraftwerk Lugnez mit 40 Anlagen braucht, das 200 Gigawattstunden produziert, was ja eine riesen Anlage ist, überhaupt nicht sicher ist, dass die kommt und was auch in den Sternen geschrieben ist und wofür jetzt der Kanton auch

überhaupt noch nicht irgendwie in einer Verantwortung steht. Aber einmal vorausgesetzt, diese 200 wären da von den neuen erneuerbaren Energien, dann müssten wir die restlichen rund 350 Gigawattstunden beispielsweise mit Photovoltaikanlagen produzieren und es wäre eine Fläche von, ich habe es gestern eindrücklich sagen dürfen, von vier Millionen Quadratmetern. Wo wollen Sie diese vier Millionen Quadratmeter für 350 Gigawattstunden Photovoltaikstrom hinstellen? Also die Herausforderungen sind riesig und wir haben uns deshalb auch einen Zeithorizont von 2035 gegeben. Und dieses Ziel 2035 zu erreichen, was uns hoffentlich gelingt, würde dann bedeuten, wenn wir effektiv von unseren Szenarien ausgehen, dass dann der neue erneuerbare Strom aus diesen alternativen Stromquellen immer noch im einstelligen Prozentbereich wäre. Also die Relation, sie verändert sich nicht eindrücklich, nur weil man von praktisch null auf 550 Gigawattstunden Produktionsertrag sich steigern möchte.

*Standespräsident Bleiker:* Kann ich davon ausgehen, dass die Diskussion erschöpft ist? Dies scheint der Fall zu sein. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer bereit ist, den Auftrag Heiz betreffend Ziele und Strategie der Bündner Strompolitik zu überweisen, möge sich bitte erheben. Wer den Auftrag nicht überweisen möchte, möge sich erheben. Sie haben den Auftrag mit 110 zu null Stimmen überwiesen.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 110 zu 0 Stimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Der nächste Auftrag ist der Auftrag Augustin betreffend Heimfallstrategie. Auch hier ist die Regierung bereit, diesen entgegenzunehmen und es findet nicht automatisch Diskussion statt. Ist Diskussion gewünscht?

#### **Auftrag Augustin betreffend Heimfallstrategie** (Wortlaut Aprilprotokoll 2011, S. 673)

#### *Antwort der Regierung*

Mit dem vorliegenden Auftrag wird die Regierung aufgefordert, dem Grossen Rat baldmöglichst einen Bericht zur künftigen Strategie betreffend Heimfälle von Wasserkraftwerken im Kanton Graubünden zur Diskussion zu unterbreiten.

Die Regierung teilt die Auffassung, wonach es mit den bevorstehenden Heimfällen die Wertschöpfung für die Gemeinden und den Kanton zu erhöhen und die Chancen für eine Neuordnung des Geschäftsmodells Wasserkraft gesamtheitlich zu nutzen gilt.

Die Regierung ist bereit, wie bereits in der Antwort auf den Auftrag Heiz (RB vom 29. März 2011, Prot. Nr. 275) betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik erläutert, dem Grossen Rat einen umfassenden Bericht zur heutigen und künftigen Lage im Energiebereich sowie zur Position des Kantons mit Bezug auf

die Ziele und Strategien der bündnerischen Strompolitik zu unterbreiten. Einen wichtigen Teil der bündnerischen Strompolitik bilden dabei die Heimfälle, welche im vorgesehenen Bericht dargelegt und diskutiert werden sollen.

Die Regierung ist deshalb bereit, den Auftrag entgegen zu nehmen und auch die Heimfallthematik in den Bericht zur künftigen bündnerischen Strompolitik aufzunehmen und zu behandeln.

*Antrag Augustin*  
Diskussion

*Standespräsident Bleiker:* Diskussion ist gewünscht, wer dem zustimmen möchte, möge sich erheben. Offensichtliche Mehrheit. Grossrat Augustin.

*Abstimmung*  
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

*Augustin:* Die Ausgangslage ist klar. Über das schon vor einem Jahrhundert in die Wasserrechtsgesetzgebung der Eidgenossenschaft wie unseres Kantons eingebaute Institut des Heimfalls, erlangen die Gemeinden als eigentliche Eigentümerinnen des Wassers und Herrinnen über die Wasserhoheit sowie auf Grund entsprechender Gesetzesrevision, hier in Graubünden hat 1954 der Kanton beim Ablauf einer Wasserrechtskonzession das Eigentum an den Kraftwerksanlagen. Dieser Transfer erfolgt zum grössten Teil gratis, nämlich für alle sogenannten nassen Teile. Nur der elektrische Teil, also jener Kraftwerksteil ab dem Generator, ist den bisherigen Eigentümern angemessen zu entschädigen. Nach Jörg Eberhard, Leiter hydraulische Produktion Alpiq, beträgt der Anteil rund 15 bis 20 Prozent des Gesamtanlagewertes, so veröffentlicht in der Zeitschrift Montagna, Januar/Februar 2011, Seite 14. Gemeinden und Kanton erhalten so ein betriebsfähiges Kraftwerk zu allgünstigsten Bedingungen. Gemäss Erkenntnissen des Amtes für Energie und Verkehr Graubünden handelt es sich bei den anstehenden Heimfällen um Werte von mehreren Milliarden Franken. Von da her, meine Damen und Herren, scheint es mir zentral zu sein, frühzeitig eine Heimfallstrategie zu entwickeln. Und ich bin der Regierung dankbar, dass sie bereit ist, den entsprechenden Auftrag entgegenzunehmen und einen Bericht dem Grossen Rat zur Diskussion vorzulegen. Ein solcher Bericht ist im Übrigen auch im geltenden Wasserrechtsgesetz periodisch vorgesehen. Wir entschieden damals uns für einen solchen Bericht vor dem Hintergrund der Frage, ob die Zuständigkeit für die Ausübung des Heimfalles beim Grossen Rat oder bei der Regierung liegen soll.

Drei Punkte, meine Damen und Herren, scheinen mir bereits heute wichtig unterstrichen zu werden. Erstens: Der dem Grossen Rat vorzulegende Bericht muss eine breite Diskussion ermöglichen und so hin mindestens drei unterschiedliche Strategien präsentieren und bewerten. Ich verweise dabei auf den kürzlich publizierten Bericht des Kantons Wallis: „Strategie Wasserkraft Kanton Wallis: Ziele, Stossrichtung und Massnahmen“. Zweitens: Die Konzessionsgemeinden müssen nach meinem Dafürhalten in einer ersten Phase zunächst

eigenständig ihre Strategie entwickeln und definieren. Nur so ist garantiert, dass ein Optimum für autonome, selbstbewusste Gemeinden resultiert. Selbstverständlich muss in einer zweiten Phase, sofern die Gemeindestrategieansätze mit jenen des Kantons nicht übereinstimmen, eine Abgleichung zwischen Kanton und Gemeinden stattfinden. Eine gemeinsame Strategie ist im Ergebnis nämlich zwingend, will man sich nicht durch die heutigen Kraftwerkseigentümer auseinander dividieren lassen. Drittens: Eine eigene persönliche Position zur Heimfallstrategie habe ich bereits öffentlich dargelegt. Kurz zusammengefasst: Kanton und Gemeinden müssen in den Kraftwerksgesellschaften nach dem Heimfall eine Aktienmehrheit von mindestens 51 Prozent realisieren. So ist garantiert, dass die heutigen Gewinnverschiebungen von den produzierenden Gesellschaften hier im Kanton Graubünden zu den grossen Stromkonzernen im Mittelland unterbunden werden. Tatsache ist nämlich, Graubünden wie notabene auch die anderen Wasserschlosskantone wie Wallis, Uri oder Tessin, subventionieren die grossen Stromkonzerne jährlich. Für Graubünden beträgt der Wert dieser Subventionen jährlich rund eine halbe Milliarde Franken, rund 500 Millionen Franken. Nach den Heimfällen muss diese Wertschöpfung hier im Kanton realisiert werden. Die Potenziale des Stromhandels sind, wie das gute Beispiel Repower ja zeigt, riesig und von Land und Volk Bündens zu realisieren. Meine Damen und Herren, jährlich wiederkehrende 500 Millionen Franken bei denen es sich hier handelt, bedeuten über eine Konzessionsdauer von 80 Jahren 40 Milliarden Franken, 20 für den Kanton rund und 20 oder etwas mehr für die Gemeinden.

Man sage mir nun nicht, mein Szenario stelle eine Verstaatlichung dar. Erstens ist das Wasser bereits Eigentum der Gemeinden, also ein öffentliches Gut, dessen Nutzung in einem Wasserkraftwerk, das mehrheitlich der öffentlichen Hand gehört, folglich schon vom Begriff her keine Verstaatlichung sein kann. Zweitens, wer sind denn die grossen Stromkonzerne wie Axpo, Alpiq, Bernische Kraftwerke BKW oder EWZ Elektrizitätswerk der Stadt Zürich? Diese Konzerne sind entweder staatliche Unternehmungen oder gehören mehrheitlich den Kantonen des Mittellandes und den grösseren Städten. Wer also bei meinem strategischen Ansatz von Verstaatlichung redet, verkennet die heutigen Rechtstatsachen. Letztlich geht es nur darum, ob wir Graubünden mit anderen Wasserkraftkantonen hier die Mehrheit erlangen wollen oder wir jetzt wie bisher bei der Mehrheit der Kantone und grossen Städte des Mittellands belassen.

Kommt hinzu, eine willkommene Wende im Betrieb von Kraftwerken hat auch aus der Sicht Graubündens die neue Strommarktgesetzgebung gebracht. Früher musste ein Kraftwerkseigentümer für die Rechte für den Abtransport seiner Energie selber besorgt sein. Er musste sich in Leitungspartnerschaften einkaufen, musste den Zugang zum Höchstspannungsnetz verhandeln, wenn ihm der Zugang nicht gar verunmöglicht wurde, wie vor etwa 80 Jahren beim berühmten Bündner Kraftwerkdebakel. Durch die Gründung einer schweizerischen Netzgesellschaft und dem gesetzlich garantierten diskriminierungsfreien Zutritt zum Höchstspannungsnetz ist diese Erschwernis dahin gefallen. Die öffentliche Hand, also

auch wir hier in Graubünden, haben so die Sicherheit, dass die eigene Energie diskriminierungsfrei ins Netz eingespiesen werden kann.

Zu beachten ist im Bericht selbstverständlich auch, dies mein Wunsch jedenfalls, ob durch vorgezogene Heimfälle der strategische Ansatz schon früher als erst im Wesentlichen ab 2030, 2040 erreicht werden kann. Graubünden, Gemeinden und Kanton sind meines Erachtens clever genug, hier ein Optimum heraus zu holen. Dadurch kann beispielweise auch die Häufung von Heimfällen im gleichen Zeitraum gebrochen werden, was aus volkswirtschaftlicher und energiepolitischer Hinsicht Sinn machen könnte. Auf jeden Fall gilt es, die Vor- und Nachteile von ordentlichen oder auch vorzeitigen Heimfällen vergleichend zu beurteilen.

Schlussfazit, meine Damen und Herren, mit den Heimfällen können wir erreichen, dass der Mehrwert der Stromproduktion, jährlich mindestens 500 Millionen Franken wiederkehrend, inskünftig hier in unserem Kanton anfällt. Wir müssen es nur alle wollen und entsprechend dezidiert und zielgerichtet handeln.

*Heiz:* Grossrat Augustin präsentiert hier eine, zuerst einmal muss gesagt werden, die Frage, die er stellt, ist absolut die richtige. Und wenn er sagt, so ist beispielsweise darüber zu entscheiden, ob an der partnerschaftlichen Ausrichtung der Wasserkraftpolitik auch in Zukunft festgehalten werden soll oder nicht. Aber seine Antwort, die er jetzt dargelegt hat, muss man schon sehr gut überlegen. Sie birgt nämlich auch grosse Gefahren. Dass er das jetzt nicht als Verstaatlichung bezeichnet haben will, begreife ich. Aber für den normalen Bürger wäre das effektiv nichts anderes als eine Verstaatlichung. Aus liberaler Sicht, und es gibt gute Gründe, das skeptisch anschauen, erstens: Aus liberaler Sicht ist klar, Verstaatlichungen sind grundsätzlich abzulehnen. Das hier zu begründen, wäre überflüssig. Und ich nehme dazu ein Beispiel, das übrigens Grossrat Augustin mehrmals gebracht hat: Wenn die Repower das geworden ist, was sie heute ist, dann ist das unter anderem genau auch deshalb, weil der Kanton ganz bewusst über Jahrzehnte nie eine Mehrheit angestrebt hat. Das gab uns Freiheit, Glaubwürdigkeit, Entscheidungskraft und hat wesentlich zum Erfolg dazu beigetragen. Natürlich war der Kanton im Hintergrund immer stark präsent. Zweitens: Bei den grossen Kraftwerksgesellschaften geht es bei den Heimfällen um gewaltige Summen. Natürlich, Sie haben Recht, Grossrat Augustin, wenn Sie sagen, der Heimfall gemäss neuem Recht ist zum Teil, vielleicht zum grösseren Teil, sogar gratis. Trotzdem, wenn heute fast alle grossen Kraftwerke Partnerwerke sind, das heisst also, dass sie nicht von einer einzigen Stromgesellschaft gebaut wurden, sondern von mehreren zusammen, gerade eben um Investitionen und Risiko zu teilen, dann ist es schon sehr gewagt, zu fordern, dass jetzt in 20 oder 30 Jahren Kanton und Gemeinden eine Mehrheit an Hinterrein, Engadiner Kraftwerke, Zervraia usw. übernehmen sollen. Natürlich, in guten Zeiten und wenn man für die Wasserkraft eine gute Perspektive sieht, ist es leicht und auch populär, weshalb das in einem Wahljahr zu fordern, aber langfristig vielleicht nicht verantwortbar. Während vieler Jahrzehnte ist der Kanton Graubünden mit der

Partnerschaft mit der Stromwirtschaft sehr gut gefahren. Es gibt nämlich nicht nur die guten Jahre. Es hat viele auch schlechte Jahre gegeben und in diesen Jahren hat der Kanton und die Gemeinden mit den Wasserzinsen und den Wasserwerksteuern immer gesicherte Einkünfte gehabt, zwar nicht gewaltige, aber sichere und von der Konjunktur unabhängige.

Und dann noch ein weiterer Gedanke, der nicht unwesentlich ist in dieser Debatte und das glaube ich, ist auch ein wesentliches Element in den Verhandlungen der Regierung mit den Mittelland-Kantonen über die Besteuerung der Partnerwerke: Der bündnerische Staatshaushalt wird ja bekanntlich zum grössten Teil von Bundesgeldern bestritten. Das heisst konkret auch von den Mittelland-Kantonen. Zudem ist Graubünden immer wieder auf Bundesebene auf Allianzen angewiesen, z.B. wenn es darum geht, das bundesrechtliche Maximum für die Wasserzinsen festzulegen. Und man muss sich gut überlegen, ob bei den Heimfällen praktisch eine Kriegserklärung gegenüber diesem Kanton wirklich die beste Lösung ist. Und bei den von der Regierung formulierten Zielen, ich zitiere: „Mit den bevorstehenden Heimfällen die Wertschöpfung für die Gemeinden und den Kanton zu erhöhen und die Chancen für eine Neuordnung des Geschäftsmodells Wasserkraft gesamtheitlich zu nutzen“, gibt es bessere Wege als die Verstaatlichung. Nämlich jene, die in Positionspapier der FDP Graubünden auch schon dargelegt wurden. Erstens: Eben, das Festhalten am partnerschaftlichen Modell. Zweitens: Eine gerechtere Besteuerung der Partnerwerke, wir sind dran. Und drittens: Neuartige Konzessionsmodelle, welche die öffentliche Hand ohne unternehmerischem Risiko an den erzielten Gewinnen partizipieren lässt. Diese Modelle gibt es. Zwei konkrete Beispiele: Beim Kraftwert Tassinas im Prättigau ist so ein Modell festgeschrieben worden und bei der neuen Konzession Lago Bianco sind solche Elemente in der Konzession auch dabei.

*Buchli-Mannhart:* Grossrat Augustin hat eindrücklich aufgezeigt, welche Werte möglich sind zu generieren für den Kanton Graubünden und die Gemeinden. Ich ersuche Sie, sich einmal die Karte vorzustellen vor dem geistigen Auge, wo diese Potenziale der Wasserkraft sind. Und das sind vor allem die Gebiete, welche wir zum Teil auch als potenzialarme Räume bezeichnen. Mir kommt es manchmal so vor, als hier drinnen der Eindruck besteht, dass eigentlich diese Regionen immer abhängig sind von den Zentren, den wirtschaftlich starken Zentren. Hier ist es jetzt einmal umgekehrt. Und es ist mir wichtig, dass hier partnerschaftlich gehandelt wird. Die Zentren sind für unsere Randregionen wichtig, aber wir Randregionen sind auch wichtig für die Zentren und wenn wir hier eine richtige Partnerschaft leben, sind wir nämlich stark. Und ich bitte Sie, dass bei zukünftigen politischen Geschäften, in denen die Randregionen die Zentren brauchen, das in ihre Überlegungen mit einzu beziehen und zu berücksichtigen.

*Pult:* Ich möchte Grossrat Augustin dezidiert unterstützen und entsprechend Grossrat Heiz entgegenhalten. Herr Heiz, Sie haben gesagt, Graubünden sei sehr gut gefahren im Modell des 20. Jahrhunderts. Ich sage,

Graubünden ist abgezockt worden im Modell des 20. Jahrhunderts. Wir haben die mit Abstand wirtschaftlich interessanteste Ressource nicht ausgeschöpft. Wirklich Geld gemacht haben Gesellschaften, die übrigens fast immer staatlich sind irgendwie, Grossrat Augustin hat darauf hingewiesen, in anderen Kantonen. Und da komme ich zum Lieblingsthema der FDP, „Halt vor Verstaatlichungen“. Ich finde Grossrat Augustin hat es perfekt gesagt, die schweizerische Strombranche ist fast zu 100 Prozent irgendwo staatlich. Meistens verstrickt und es ist nicht ganz auf den ersten Blick ersichtlich, welche Gliederung des Staates, wo genau welche Beteiligung ist, aber die Strombranche ist staatlich. Und deshalb stellt sich im Bereich der Heimfälle nicht die Frage, wollen wir, dass der Staat dabei ist, eine Mehrheit hat, ja oder nein, sondern es stellt sich die Frage, welcher Staat soll dabei sein? Sollen es der Staat Graubünden und die Bündner Gemeinden sein, die auch die Verfügungshoheit dann haben über diese Ressource? Und wie Herr Augustin richtig gesagt hat, dann wirklich auch die Garantie haben, dass die Wertschöpfung hier stattfindet? Oder sollen es Städte, Kantone also Staat an anderen Orten sein, die dann weiterhin mehr profitieren als wir? Jetzt schlagen Sie vor, das Problem der Nichtausschöpfung der potentiellen Wertschöpfung hier bei uns mit Steuern zu lösen. Ich staune, dass die FDP lieber Steuern erhebt, also lieber regulatorisch einwirkt, statt zu sagen, nein, wir halten das einfacher, aber wir kontrollieren einfach die Gesellschaften. Da staune ich wirklich sehr. Ich halte das auch für ineffizient. Und ich muss sagen, das ist bei Ihnen einfach ein bisschen so ein ordnungspolitisches Dogma und ich denke in diesem Bereich ist einfach Ihr ordnungspolitischer Faden wahrscheinlich gerissen. Denn wenn wir im 21. Jahrhundert als Kanton Graubünden, als Bündner Gemeinden, als Bündnerinnen und Bündner nicht den gleichen Fehler machen wollen, den unsere Vorgänger gemacht haben im 20. Jahrhundert, nämlich sich mit einem Butterbrot abspesen zu lassen, dann müssen wir wirklich mit einer Strategie dafür sorgen, dass wir Bündnerinnen und Bündner unser durchsichtiges oder unser weisses Gold in Zukunft auch soweit kontrollieren können, dass der Reichtum, der das generiert, auch bei uns stattfindet. Und insofern gebe ich Kollege Buchli völlig Recht: Plötzlich wird dann aus potenzialarmen Randregionen, wenn man so will, die Bank, die Energiebank der Schweiz. Und deshalb sind die nächsten Jahrzehnte tatsächlich eigentlich eine Verabredung mit der Geschichte. Es wird sich entscheiden, schafft es Graubünden die eigene Ressource in Zukunft zu kontrollieren und entsprechend auch davon zu verdienen oder versuchen wir ein Bisschen mit Steuern und anderen Dingen Pflasterlipolitik zu betreiben? Ich hoffe, dass die Regierung, und ich hoffe, dass auch dann Graubünden in der Zukunft es schafft, da tatsächlich unsere wichtigste Ressource wirklich eigenständig zu kontrollieren.

*Jeker:* Grossrat Heiz, ich meine die Überlegungen von Kollege Augustin, die müssen wir sehr ernst nehmen. Ich bin trotzdem der Meinung, dass es klug ist, die ganze Sache abzuwägen. Aber in Kenntnis der Geschichte, in Kenntnis, dass wir nun hier nicht nur eine Kernkompe-

tenz, sondern auch einen Standortvorteil haben, den es zu nutzen gilt, zu sichern gilt, bin ich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, der Idee des Vorstosses Augustin zu folgen. Lassen wir uns doch nichts vormachen. Die Agglomerationen, die schauen schon für sich, das sind doch andere Kräfte. Die Partnerschaft, das ist ein gutes Wort. Das hat man immer ernst genommen, man spricht miteinander. Aber es ist der Moment gekommen jetzt in der schweizerischen Energiedebatte, sich auch für diesen Standortvorteil einzusetzen. Und es schadet nichts, sich mit Energie für eine umfassende Energiepolitik einzusetzen. Da haben wir ja Potenzial, Potenzialstärke. Und in diesem Sinnen unterstütze ich das Vorgehen. Es ist ganz sicher nicht falsch. Ich persönlich meine, es ist richtig.

*Kunz (Chur):* Ich glaube wir missverstehen uns oder Sie haben Grossrat Heiz nicht richtig verstanden oder nicht ganz richtig zugehört. Im Kern stimmt er dem Auftrag von Herrn Augustin zu. Es braucht eine Auslegeordnung. Es braucht namentlich eine Strategie, das ist das Potential, dass wir hier in Graubünden haben. In einem Teil unterscheidet er sich, nämlich in der Frage, soll es zu einer Verstaatlichung kommen oder soll man den bewährten partnerschaftlichen Weg weitergehen? Das muss man dann zu gegebener Zeit entscheiden. Ich würde mich auch ganz klar für den partnerschaftlichen Weg aussprechen. Beim Heimfall werden gewaltige Investitionen auf die Gemeinden und den Kanton zukommen. Wenn er das machen will. Das sind hunderte von Millionen. Ich halte nichts von einem staatlich betriebenen Versorger, der das staatlich macht, Beamten einstellt, die sich dieses Know-how erarbeiten müssen, dass die Privatwirtschaft viel schneller hat. Und ich verstehe, dass jetzt alle in den Strombereich rein wollen. Im Moment sieht es so aus, als regne es da Geld vom Himmel, tagein tagaus. Da gibt es auch sehr schwere Zeiten. Es gibt auch Zeiten im Geschäftsjahr, da machen Sie Millionen von Verlusten, die Sie nachher wieder aufholen müssen. Dieses Risiko sollen Private tragen und nicht der Staat. Wir haben hier in diesem Rat entschieden, dass der Staat keine finanzielle Unterstützung geben soll an eine Grosssägerei. Wir sind meilenweit davon entfernt, dass der Staat selber eine Grosssägerei betreibt, weil er sagt, das ist nicht meine Kernkompetenz. Und dann kann es auch überhaupt nicht sein, dass sich der Staat an eine noch viel grössere Pastete macht. Nämlich das er selber zum Versorger werden will. Wir sind mit dem partnerschaftlichen Modell sehr gut gefahren. Und damit will ich überhaupt nicht Herrn Pult widersprechen und auch Herrn Jeker. Wir müssen das Potential in diesen Verhandlungen ausnützen. Bis jetzt sind wir mehr oder weniger ein Kolonialstaat. Die Gewinne fallen anderswo an, die Arbeitsplätze fallen anderswo an. Wir rennen hinterher, versuchen über Steuerabkommen hier etwas zu behalten, über das Transferpricing etwas zu regeln. Wir rennen dem Wasserzins nach und da sind wir, glaube ich, alle einig, wir wollen Wertschöpfung im Kanton. Und bei der vorzeitigen Heimfallstrategie muss es sein, Lösungen eben auszuhandeln, wo wir Wertschöpfung hier im Kanton halten. Und das wird sich realisieren lassen. Aber, und das ist der vorweggenommene Einwand dann auf die

Diskussion, wir wollen das in der bewährten partnerschaftlichen Struktur und wir sehen keinen Nutzen in einer Verstaatlichung. Der Staat wird das nicht können. Er hat die Mittel nicht. Er wird die Mittel nicht haben dazu und er wird das Know-how nicht haben. Aber wir müssen unsere Interessen beim vorzeitigen Heimfall ganz klar einbringen. Wertschöpfung muss primär hier im Kanton erfolgen. Da sind wir uns alle einig.

*Standespräsident Bleiker:* Ich habe noch einen Redner auf dem Papier. Ich frage in die Runde, möchten sich noch mehr Leute zu Wort melden? Grossrat Pfenninger habe ich gesehen, Grossrat Kappeler auch. In diesem Fall schalten wir hier eine Pause ein bis 10.25 Uhr.

*Standespräsident Bleiker:* Darf ich Sie bitten, in den Saal zu kommen und Platz zu nehmen? Darf ich um Ruhe bitten? Wir möchten mit den Verhandlungen fortfahren. Bevor wir dies tun, möchte ich auf der Tribüne ganz herzlich begrüßen den Bündner Kantonalverband der Senioren. Ich habe darunter auch Altstandespräsidentin Agatha Bühler entdeckt. Seien Sie uns willkommen und verfolgen Sie unsere Verhandlungen mit Interesse. Wir fahren fort. Das Wort hat Grossrat Michel.

*Michel:* In der dritten Welt, wo Erdölvorkommen sind, ist es oftmals so, dass ausländische Firmen das grosse Geschäft machen, vielleicht einzelne Potentaten im Landesinnern, und die Bevölkerung mausarm bleibt. Ich bin mir sicher, sobald diese Vorkommen versiegen, wird über Nacht nichts mehr vorhanden sein, allenfalls gewisse Umweltbelastungen. Im Kanton Graubünden ist es nicht so. Erstens sind es nicht schwergewichtig ausländische Firmen, immerhin sind es sind ausserkantonale. Zweitens, es ist nicht so, dass diese Quellen versiegen. Wir denken, dass die mehr oder weniger unbeschränkt zur Verfügung sind. Es ist mit Sicherheit nicht so, dass einzelne Potentaten Gewinne machen, das ist auch nicht so. Und es ist auch nicht so, dass wenn die Wasserkraft nicht mehr wäre, dass alle mausarm sind. Aber immerhin, was wir sehen, ist das, es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Wertschöpfung in dem Kanton, wo sie erbracht wird, erhalten bleibt.

In diesem Sinne noch ein paar kritische Anmerkungen. Wenn gesagt wird, dass die Chance, aber auch das Risiko man dem Staat oder dem Kanton nicht aufbürden will, stimmt das einerseits. Aber andererseits muss man sehen, dass eine private Firma nur dann das Risiko übernimmt, wenn sie insgesamt auf lange Sicht davon profitieren kann. Und zweitens: Wer könnte ein Risiko besser vertragen als die Allgemeinheit? Ein weiterer Punkt ist, dass die Produktion wichtig ist, aber auch der Handel mit der Produktion, das wissen alle Bauern, die hier im Rat sind, mehr als gut genug. Was heisst das? Das heisst nicht, dass der Kanton, die Kantonsregierung in das operative Geschäft einsteigen soll. Aber es geht darum, dass die Wertschöpfung im Kanton Graubünden erhalten bleibt. Und das ist wirklich ein wichtiges Anliegen. Je wichtiger der Strom ist, desto wichtiger ist dieses Anliegen. Und genau darum macht es Sinn, dass man im Sinne des Vorstosses eine Auslegeordnung macht, wozu der Kanton ja auch zustimmt. Einen Punkt möchte ich noch

erwähnen, nach dem ich meinem lieben Kollegen Heiz mindestens teilweise widersprochen habe: Grossrat Heiz ist einer, der eine Kraftwerksgesellschaft vertritt, die dem Puschlav eine grosse Mehrwertschöpfung gebracht hat. Also, er ist der, der mitverantwortlich ist, dass genau die Öffentlichkeit in diesem Sinn profitiert hat. Es ist ganz wichtig, dass bei beiden Heimfallsfällen man das im Voraus sehr gut anschaut, wie gesagt, dass nicht die Regierung oder andere Behörden, sondern der Kanton Graubünden gesamthaft profitieren kann. In dem Sinn meine ich, dass der Vorstoss von Grossrat Augustin wirklich wichtig und unterstützungswürdig ist.

*Pfenninger:* Einige Dinge, die ich eigentlich noch anfügen wollte, hat nun mein Vorredner ausgeführt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass auch die FDP-Fraktion hier nicht so eine Einheit bildet, wie das vorhin den Anschein gemacht hat. Grossrat Heiz, das nur zur Erinnerung, ist ja Zweitunterzeichner dieses Auftrages, wenn ich das richtig sehe. Und ich gehe mal davon aus, dass er ihn dann trotz seiner Bedenken überweisen wird. Ich teile diese Bedenken, die er geäussert hat, im Übrigen überhaupt nicht.

Aber zu Herrn Kunz muss ich dann schon noch etwas sagen: Er spricht von partnerschaftlich, das sei gut, dass müsse man. Und das ist auch so. Aber wer sind denn die Partner? Ich denke, Herr Augustin und Herr Pult haben das eindrücklich dargestellt, wer denn hier eigentlich die Partner sind. Und wie die Mehrheitsverhältnisse sind in diesen Gesellschaften. Das ist eben die öffentliche Hand. Und wenn Sie dann von zuhören sprechen, man habe Herrn Heiz nicht richtig zugehört oder ihn missverstanden, dann muss ich sagen, ja dann haben Sie auch nicht richtig zugehört, was von Herrn Augustin und Herrn Pult dargelegt worden ist. Sie haben dann weiter die Angst vor der Verstaatlichung geschürt und dann von Beamten gesprochen, die man einsetzen müsse. Also ich weiss nicht, was Sie da für ein Bild haben. Herr Michel hat es aufgezeigt, wie es gemeint ist und ich denke, das haben alle in diesem Sinne gemeint. Aber die öffentliche Hand hat hier eine wesentliche Rolle zu spielen und hat sie schon jetzt und in der Vergangenheit gespielt. Das darf man nicht ausblenden. Und wenn man dann noch einen Vergleich macht mit dem Sägewerk, mit den Investitionen ins Sägewerk, ich glaube, dann wurzeln die Vergleiche schon ein Bisschen durcheinander. Das sind nun mal ganz verschiedene Dinge, die kann man nicht vergleichen miteinander. Und schlussendlich ist es eben ein Auftrag, der einen Bericht will. Und warten wir doch auch einmal ab, was in diesem Bericht dann steht. Dann haben wir auch eine fundierte Diskussionsgrundlage. Und ich freue mich auf diese Diskussion und hoffe sie ist dann nicht zu ideologisch.

*Kappeler:* Ich teile ganz klar die Meinung diverser Sprecher, von Herrn Jeker, Augustin, Pult usw., das ist ganz klar. Es geht wirklich nicht darum, von einer Drittweltproblematik zu sprechen oder von Verstaatlichung. Ich glaube, das ist wirklich von weit weg herbeigeholt. Es geht darum, und dafür sitzen wir auch hier, das Optimum für den Kanton Graubünden herauszuholen, das ist unsere Verpflichtung.

Nun ich möchte zum Votum von Kollege Augustin noch etwas ergänzen: Diese Diskussionen waren fokussiert primär auf das Wasser. Auch wenn Regierungsrat Cavigelli erläutert hat, dass Grosswasserkraft den Grossteil der erneuerbaren Energie darstellt, der Stromproduktion darstellt im Kanton Graubünden, ist doch zu beachten, dass zurzeit eine Änderung stattfindet, auch wenn es klein ist, aber denken wir beispielsweise ans Thema Stromproduktion aus Wind, denken wir auch ans Potenzial von tiefer Geothermie. Ich glaube, da sind Potenziale da und so wie es jetzt ausschaut, laufen wir da genau in die gleichen Wege rein, wir lassen uns von auswärts wieder sagen, wie es geht und was richtig ist. Und in diesem Sinne möchte ich wirklich das Anliegen noch anbringen, dass man das etwas ausdehnt generell auf sämtliche Energieträger.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Herr Regierungsrat.

*Regierungsrat Cavigelli:* Irgendwie dreht sich die Diskussion hier in einem sehr breiten Feld zwischen der Frage: Wie viel Risiko wollen wir eigentlich eingehen? Und der anderen Frage: Wie viel Wertschöpfung wollen wir uns sichern? Diese beiden Fragen kann man letztlich nicht getrennt beantworten. Sie sind miteinander stark vernetzt.

Grossrat Augustin und ein paar andere sind der Überzeugung, dass sich der Kanton ganz kräftig, im Vergleich zu heute noch stärker, einbringen soll als Aktionär, also als Teilhaber der Produktionsunternehmen, der Handelsunternehmen, der Vertriebsunternehmen, und andere sind der Meinung, dass man hier etwas defensiver sein soll. Sie reden stärker dem Konstrukt der partnerschaftlichen Kooperation der Partnerschaftswerke das Wort. Möglicherweise ist es so, dass wir kaum die Möglichkeit haben, Werke ganz ins Eigentum zu nehmen und möglicherweise ist es so, dass wir alle eigentlich auch nicht wollen, dass man sich überhaupt nicht an den Kraftwerksunternehmen beteiligt. Und so ist es vielleicht dann doch so, dass wir irgendwie im Range etwas über null und etwas unter 100 Prozent uns bewegen. Die Frage ist, wo wir uns finden.

Ausgehen muss man von einer Bemerkung, die zu berichtigen ist, von Grossrat Pult. Ich glaube man darf es, will man die Verantwortung für den Kanton wahrnehmen und insbesondere auch würdigen, wie frühere Generationen im Umgang mit der Wasserrechtsverleihung gehandelt haben, dann darf man nicht sagen, was sie gesagt haben, und ich möchte das gar nicht wiederholen, weil es dermassen falsch ist. Es ist früher wirklich gute Arbeit geleistet worden, ganze Sache gemacht worden. Wir stellen das auch heute immer wieder fest, wenn wir dabei sind, Konzessionsverhandlungen zu führen, bei Neuverhandlungen, bei vorzeitigen Heimfällen oder überhaupt nur schon die Auslegeordnung machen mit Blick auf ein Werk, das zum Teil wirklich gut verhandelt worden ist und dass das auch eine Krux hie und da dann darstellt, um neue Erfolge zu erzielen, wo alle Beteiligten dann letztlich eine Lösung sehen, die es weiter zu verfolgen gilt. Ich möchte nicht zu konkret werden, sonst wird hier auch aus Dossiers geplaudert, die im Grossen

Rat nicht ausgeplaudert sein dürfen. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass man früher Risiken eingeschätzt hat, ich meine richtig eingeschätzt hat. Man hat sich darauf eingestellt, auf die Frage, was können wir überhaupt, wollen wir Unternehmer sein, wollen wir Millionen, in heutigen Dimensionen teuerungsbereinigt eher in Richtung Milliarden, investieren als Graubünden oder als einzelne Region, zwei, drei Gemeinden oder wollen wir das nicht? Sie haben sehr klug entschieden, indem sie sich Beteiligungen in vielen Fällen gesichert haben, indem sie sich nicht nur Beteiligungen am Aktienpaket, sondern auch Beteiligungsenergie gesichert haben, sonstige Vorzugsrechte, Goodies, wenn man dem so sagen kann, ich meine unsere Vorfahren haben klug gehandelt. Das heisst nicht, dass wir es gleich machen müssen wie in früheren Generationen. Wir haben heute eine andere Zeit und die Zeit ist tatsächlich schon anders mit Blick auf die Ausgangslage, die wir im Jahr 2000 gehabt haben. Weil im Jahr 2000 hätte Grossrat Augustin diesen Auftrag nicht so formuliert. Im Jahr 2000 bei der Behandlung der damaligen Strategie war er eher der These verfallen, dass man die Beteiligungen möglichst abstossen müsse. Man solle letztlich die Energieunternehmen privatisieren und gefälligst als öffentliche Hand die Finger davon lassen. Das ist keine Rüge in dem Sinne, dass Vincent Augustin hier einen Meinungsumschwung gemacht hat, es waren andere Umstände damals. Wir haben damals wirklich von ganz anderen Umständen gesprochen, ich möchte nur ein Stichwort nennen, die sogenannten NAI, die nicht amortisierbaren Investitionen. In den Neunzigerjahren, und davon ist auch der Bericht 2000 geprägt, war es nicht attraktiv, Wasserkraftstrom zu produzieren. Man musste hohe Investitionen machen, viel Geld in die Hand nehmen, um überhaupt eine Anlage dann schlussendlich betreiben zu können und die Gestehungskosten des Stroms waren höher als andere Energieproduktionen von anderen Energieträgern. Und man hat dann auch diskutiert, ob man nicht eine gesetzliche Grundlage bräuhete, und zwar sogar auf eidgenössischer Ebene, dass es möglich sein soll, Beiträge zu leisten respektive die Problemsituation der hohen Investitionen der Kraftwerksanlagen irgendwie besonders zu berücksichtigen, dass es dennoch möglich sei, Kraftwerkstrom zu produzieren. Also die Ausgangslagen, sie können sich sehr stark verändern. Somit können und dürfen sich Meinungen verändern und ich halte die Diskussion, die wir heute führen, für richtig und wichtig.

Gestern durfte ich auch sagen, dass es die Zielvorstellung der Regierung ist, die Wertschöpfung insgesamt aus der Wasserkraft zu erhöhen. Sie merken aber auch daraus, was ich jetzt einleitend gesagt habe, dass die Regierung kaum darauf ausgerichtet sein wird, Volleigentum erwerben zu wollen, an den Anlagen hier eine äusserst offensive Strategie fahren zu wollen, auf der anderen Seite aber, dass wir Beteiligungen, Wertschöpfungspotenzial ganz generell, nutzen wollen. Wir gehen davon aus, dass der Kanton und die Gemeinden mit dem Kanton zusammen eine Langfristoptik zugrunde legen müssen, wenn sie tätig sind, dass wir nachhaltig agieren müssen, mit Blick auf die sozialen Vorteile, die wir haben, die ökonomischen Vorteile, auch natürlich mit

Gewichten selbst bei der Heimfallproblematik die Umweltschutzseite. Und letztlich müssen wir insgesamt vertrauenswürdig sein, sorgfältig sein im Umgang auch mit Partnern, mit denen es sich in der letzten Zeit sehr gut zusammen geschäftet liess, zusammen leben liess, auch wenn Baustellen da sind.

Irgendwie muss man auch noch ins richtige Licht rücken, wie die Beteiligungsverhältnisse sind bei den Kraftwerksunternehmen, die bei uns tätig sind. Wenn man eine grobe Kategorie macht zwischen öffentlicher Hand und privater Hand, dann sind die Unternehmen, die bei uns tätig sind, zu 75 Prozent in öffentlicher Hand, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Wenn wir von Axpo sprechen, dann sprechen wir nicht von einer privaten Unternehmung im Sinne, wie man das vielleicht so schnell meint, wenn man das hört. Wir sprechen dann von einer Unternehmung, die zu fast 100 Prozent in Händen der Kantone Zürich, Schaffhausen, Thurgau usw. ist. Konkret, wenn wir also mit Axpo verhandeln, dann verhandeln wir als kleiner Kanton Graubünden mit einem Sammelsurium der geballten Macht von Untertandskantonen, die uns ein Vielfaches in vielen Teilen überlegen sind, ausser dass sie eben nicht Wasserkraft betreiben können, weil sie nicht so viel Wasser haben und weil sie nicht so viel Gefälle haben wie wir, das wir dann eben für die Wasserkraftproduktion nutzen können. Wir haben also auch von daher aus einer Gesamtschau ein Bedürfnis und auch wirklich Veranlassung, mit diesen Partnern anständig umzugehen. Es ist aber auch zu berichtigen der Eindruck, dass das nicht alles private Gesellschaften sind im wahrsten Sinne des Wortes, so wie man das meinen sollte.

Eine weitere Bemerkung zu den Heimfällen: Wir unterscheiden nach der heutigen Arbeit, wie wir sie verrichten, zwischen Heimfällen, die dann zu diskutieren sind, wenn die ordentliche Konzessionsdauer abläuft, also nach maximal 80 Jahren, wenn das Recht verfällt eines Unternehmens, exklusiv das Wasser zu nutzen für die Stromproduktion und als zweites Moment den sogenannten vorzeitigen Heimfall, dann, wenn ein Unternehmen die Überzeugung hat, dass es geeignet ist, auf die Restlaufzeit einer Konzession zu verzichten, um dann für einen früheren Zeitpunkt eine neue Konzession zu bekommen, möglicherweise dann halt wiederum auf eine maximale Dauer von 80 Jahren. Es gibt verschiedene Gründe, die zu einem solchen Verhalten führen können. Letztlich natürlich aus unternehmerischer Sicht, und wir müssen immer uns ja auch mit den Überlegungen unserer Partner auseinandersetzen, kann es bedeuten, dass man sich erst bereit erklärt, grössere Investitionen zu machen, zu tun, wenn man weiss, dass man auch eine angemessene lange Konzessionsfrist hat, somit konkrete Investitionen auch während einer angemessenen langen Frist nutzen kann. Wir möchten diese Überlegungen und andere Überlegungen, die sich Unternehmen machen, wenn sie Investitionen zu tätigen haben, wenn sie für ihren Standort Überlegungen machen, ob sie denn weiter entwickeln, weiter halten wollen für längere Zukunft. Diese Überlegungen von Unternehmen wollen wir uns auch zu Nutzen machen und den Kraftwerksgesellschaften offerieren, vorzeitige Heimfälle mit uns zu diskutieren.

Konkret besteht erheblicher Anlass, die Heimfalldiskussionen gestaffelt zu führen. Wir haben eine Reihe von Kraftwerken, deren Konzessionen ablaufen ab dem Jahr 2020 und dann aber ganz geballt ab dem Jahr 2037 bis 2050 eine Riesenladung an Kraftwerken, deren Konzession ausläuft. Es verfallen in diesen Jahren 50 Prozent der Produktion. Also von diesen rund formuliert 8000 Gigawattstunden Wasserkraftproduktion haben wir 50 Prozent, die in diesen wenigen Jahren dann zur Disposition stehen, wer sie produziert, mit welchem Eigentümermantel, mit welchen Rahmenbedingungen als Eigentümer aus Betreibersicht und letztlich auch aus der Sicht des Kantons.

Es sind also dies so ungefähr die Handlungsfelder, die sich auftun, um den Bericht Augustin, den wir ja gerne schreiben möchten, zu verfassen. Es kann dabei darum gehen, die Beteiligungen grundsätzlich zu erhöhen, die Energiebezugsrechte zu erhöhen. Es kann diskutiert werden, ob die Kompetenzverteilung, auch das habe ich gestern angedeutet, zwischen den Gemeinden und dem Kanton vielleicht ein bisschen neu organisiert werden muss. Es kann sein, dass man Energieversorgungsunternehmen bei künftigen Konzessionen bevorzugt, die auch bereit sind, Arbeitsplätze bei uns zu haben und es können andere Überlegungen sein, die wir dann in diesem Bericht ausbreiten, um dann Ihnen verschiedene Handlungsalternativen zu unterbreiten.

*Augustin:* Nur ganz kurz drei ergänzende Überlegungen: Ich danke vorerst Herrn Regierungsrat Cavigelli. So habe ich ihn gehört, Herr Standespräsident, dass er sich noch erinnerte, dass ich auch schon eine andere Meinung vertreten habe aufgrund einer anderen Ausgangslage und wir haben gelernt in der Führungslehre, dass man aufgrund einer neuen Situation halt auch eine neue Lagebeurteilung vornehmen muss und entsprechend neue Erkenntnisse gewinnen und zu neuen Entschlüssen kommen kann. Die Zeiten haben sich, und das ist positiv, ich muss es nochmals unterstreichen, zu Gunsten der Wasserkraftkantone entwickelt, in dem mit der Strommarktliberalisierung wir den diskriminierungsfreien Zugang zum Handel auf der Hochspannungsebene erhalten, was wir früher nicht hatten. Und von daher ist, Edi Walser hat es kürzlich im Tagblatt anhand des WK-Debakels in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts geschildert, ist die Ausgangslage eine ganz andere als damals. Die Ausgangslage ist ja in einem weiteren Sinn eine andere, nur ganz kurz. Die Politik, das vielleicht in Korrektur ein bisschen, wie schon Herr Regierungsrat Cavigelli auch an die Adresse des Kollegen Pult gemacht hat, die Ausgangslage heute ist eine andere, weil wir nicht von Null starten. Zu Beginn der Wasserkraftnutzung mussten die Bergkantone erkennen, dass sie das Potenzial finanzieller Natur nicht hatten, um in die Kraftwerkbautätigkeit einzusteigen. Und darum entstand die Gesetzgebung, wie wir sie kennen. Aber die Überlegung war schon damals, dass mit dem Heimfall, der im Wesentlichen gratis erfolgt, die Bergkantone oder die Wasserkraftkantone in das Eigentum der Werke einsteigen können und damit eine neue Ausgangslage schaffen können.

An die Adresse von Herrn Kollega Kunz muss ich schon etwas sagen: Es wird das Hohelied der Partnerschaft

geredet. Ich habe nichts anderes gesagt. Ich habe gesagt, ich wünsche nur eine Partnerschaft mit den bisherigen oder möglicherweise auch mit neuen Aktionären, nur wollen wir 51 Prozent. Ich verstehe Partnerschaft nicht einseitig so, dass immer die anderen, nämlich die von Herrn Regierungsrat Cavigelli auch dargestellt, staatlichen Unternehmungen des Mittellandes die Mehrheit haben. Nur das will ich. Mehr nicht. Und von daher ist es auch nicht richtig, wenn auf der anderen Seite dann wieder gesagt wird, wir seien ja kolonialisiert worden in den letzten 70, 80 Jahren. Ja vielleicht sind wir das geworden. Ich benutze dieses Wort nicht, weil die Ausgangslage zu Beginn des letzten Jahrhunderts, und im Verlaufe des letzten Jahrhunderts war eine völlig andere, und von daher meine ich, haben unsere Vorväter durchaus kluge Verträge gemacht zu den Konditionen, wie sie damals herrschte.

Und letztlich noch das: Die FDP oder mindestens Teile davon möchten über die Besteuerung das Ganze in den Griff bekommen. Das haben wir etwa seit 30 Jahren auch versucht. Seit der frühere Chef der Steuerverwaltung, Toni Russi, eine Dissertation geschrieben hatte und dargelegt hatte, wie die Gewinnverschiebungen vom Kanton Graubünden oder auch von den anderen Wasserkantonen ins Mittelland erfolgte. Vergeblich hat man versucht, man hat zum Teil auf dem Prozessweg versucht, zum Teil auf dem Verhandlungsweg und ist letztlich gescheitert. Und ich meine, von daher liegt auch die neuste Publikation des Bündner Wirtschaftsforums falsch, die auch am Rande nochmals diese Besteuerung zur Debatte stellt. Meine Damen und Herren, welche Debatte führen wir derzeit in diesem Land? Eine bezüglich neue Steuern einführen? Eine bezüglich bestehende Steuern erhöhen? Nein, wir führen eine Debatte über Steuerreduktion. Also stellen wir uns ja nicht vor, dass wir in Zukunft mit dem Modell der Besteuerung der Gewinne das realisieren können, was wir mit dem mehrheitlichen Erwerb und dem Einstieg, nicht nur in die Produktion, sondern auch in den Handel, für Graubünden realisieren können.

*Pult:* Sie haben ja mich ein bisschen gerüffelt, Herr Regierungsrat, und das ist schon okay, das dürfen Sie auch. Zu Recht haben Sie mich früher heute Morgen gerüffelt, dass ich nicht aufgepasst habe. Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass ich jetzt doch auch, obwohl etwas jünger und vielleicht weniger erfahren, Sie auch ein bisschen belehre. Das Problem ist ja, ich verstehe, dass man in der CVP ein spezielles Verhältnis zu den Vorfahren hat und vielleicht auch etwas verkrampft ist, auch gewisse Fehler, die man in der Vergangenheit gemacht hat, auch beim Namen zu nennen und ich habe überhaupt nichts über schlechte Absichten unserer Vorfahren in diesem Bereich gesagt. Aber die Wirkung scheint mir völlig unbestritten und jede und jeder, der sich mit der Bündner Wirtschaftsgeschichte nur ein bisschen auseinandersetzt, würde mir 100 Prozent zustimmen, wenn man sagt: Mit den Verhandlungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt worden sind, also mit der Industrialisierung eigentlich des Bündner Wassers, lagen die ganz ganz ganz schlecht. Das kann man doch einfach nicht leugnen. Und einfach da zu

sagen, die haben das sehr klug gemacht und das war super, das finde ich einfach wirklich unglaublich beschönigt. Ich bin dafür, dass es keine Tabus gibt. Also man soll die Vorfahren loben, wenn sie etwas sehr gut gemacht haben, wie beispielsweise die Rhätische Bahn, aber man kann auch sagen, die Vorfahren sind in einem oder zwei Bereichen auch gescheitert. Und ich glaube, bei der Wasserkraft ist das völlig unbestritten. Also all diejenigen, die die Wirtschaftsgeschichte ein bisschen kennen, bin ich mir ziemlich sicher, würden mir zustimmen. Also plädiere ich einfach dafür, dass wir unverkrampft mit der Vergangenheit umgehen und dann sagen, dass es gut ist, wenn es tatsächlich gut war und man auch dann die Freiheit hat zu sagen, wenn etwas mal nicht so gut war.

*Righetti:* Also ich möchte schon noch da etwas dazu sagen. Es ist immer falsch, wenn man Birnen mit Äpfeln vergleicht. Es waren andere Zeiten. Die Leute waren mutig und haben etwas gemacht. Aber sie haben etwas gemacht. Und es waren andere Umstände. Es waren andere Konditionen. Die Lage im Bündnerland war anders. Also, ich will niemanden beraten, Herr Pult, aber ich würde ein bisschen langsamer gehen. Und das Zweite: Ich kann dir versprechen, es waren nicht alle CVP, es waren auch andere Parteien dabei.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Jetzt scheint die Diskussion erschöpft zu sein. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer den Auftrag Augustin betreffend Heimfallstrategie überweisen möchte, möge sich bitte erheben. Wer ihn nicht überweisen möchte, möge sich erheben. Der Auftrag ist mit 102 zu null Stimmen überwiesen worden.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 102 zu 0 Stimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Der nächste Auftrag ist der Fraktionsauftrag der SP. Die Regierung ist nicht bereit, den Auftrag entgegenzunehmen. Es findet daher eine Diskussion statt. Und ich gebe dem Erstunterzeichner, Grossrat Peyer, das Wort.

#### **Fraktionsauftrag SP betreffend Schaffung eines Bündner Energiefonds aus dem Rechnungsabschluss 2010 des Kantons Graubünden (Erstunterzeichner Peyer) (Wortlaut Aprilprotokoll 2011, S. 662)**

#### *Antwort der Regierung*

Mit dem vorliegenden Auftrag wird gefordert, den Ertragsüberschuss der Staatsrechnung 2010 von rund 109 Mio. Franken vollumfänglich einem neu zu schaffenden Bündner Energiefonds zuzuweisen. Aus diesem Fonds sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Forschung sowohl Investitionen in erneuerbare Energien und saubere Technologien (Cleantech) gefördert als auch

Massnahmen, Projekte, Investitionen und Dienstleistungen in diesen Bereichen unterstützt werden.

Die Regierung teilt die Auffassung, wonach sowohl in die Forschung als auch in die Anwendung von erneuerbaren Energien und sauberen Technologien zu investieren ist. Besonderes Augenmerk ist auch der Energieeffizienz zu schenken.

Bereits heute werden wesentliche Leistungen im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energien und sauberen Technologien erbracht. Mit der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) werden die Wasserkraft (bis 10 Megawatt MW), Photovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biomasse und Abfälle aus Biomasse gefördert. Andererseits werden Gebäudesanierungen mit dem Förderprogramm "Das Gebäudeprogramm" durch Bund und Kantone seit 2010 unterstützt. Gleichzeitig wurde mit dem neuen Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG; BR 820.200) die kantonale Förderung auf das nationale Förderprogramm abgestimmt. Sodann hat der Bundesrat mit dem Masterplan Cleantech Schweiz ein Instrument geschaffen, um die Innovationskraft der Unternehmen in diesem Bereich gezielt zu stärken. Schliesslich verfügt der Bund mit dem Programm EnergieSchweiz seit 2001 über ein Programm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Die Energiepolitik ist weltweit ein weiteres Mal im Umbruch. Die Ereignisse in Fukushima haben den Energiediskussionen betreffend Versorgung, Klima, Wirtschaft und Umwelt auch in der Schweiz eine weitere Wende gegeben. Der Bundesrat hat am 25. Mai 2011 mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, die bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebsdauer stillzulegen und nicht durch neue Anlagen zu ersetzen. Dafür ist gemäss Bundesrat ein Umbau des heutigen Energiesystems notwendig. In der Energiestrategie 2050 skizziert er eine Vielzahl möglicher Massnahmen, die es zu diskutieren gilt. Diese Diskussionen werden einige Zeit in Anspruch nehmen und wahrscheinlich zu einer Vielzahl von zusätzlichen Massnahmen führen.

Die zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Cleantech sind in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten anzugehen und insbesondere auf die schon bestehenden Förderinstrumente und Fördermittel abzustimmen. Die Bildung eines separaten kantonalen Energiefonds würde diesem Koordinationsziel keineswegs dienen, im Gegenteil. Es würden aus dem allgemeinen Staatshaushalt Sondermittel gebildet, welche die ordentlich budgetierten Förderleistungen über eine beschränkte Zeit ergänzen. Dazu müssten neben rechtlichen Fragen auch Zuständigkeitsfragen geklärt werden (Rechtsnatur des Fonds, Kompetenzen für die Fondseinlage und Fondsentnahmen und dergleichen). Fonds sollen jedoch nur gebildet werden, wenn dem Kanton zweckgebundene Einnahmen zufließen, um vorgegebene Aufgaben zu erfüllen. Andernfalls führen Fonds zu einer Flucht der Mittel aus dem ordentlichen Budget mit allen negativen Konsequenzen bezüglich Transparenz und Effizienz. Eine bedarfsgerechte Steuerung des Mitteleinsatzes über sämtliche Aufgabenbereiche des Kantons würde somit erheblich erschwert. Das jeweilige finanzielle Engage-

ment des Kantons zur Umsetzung der kantonalen Energiepolitik soll stattdessen - wie bis anhin - über das ordentliche Budget erfolgen.

Aus den dargelegten Gründen lehnt die Regierung den Auftrag ab.

*Peyer:* Es wird hier nicht so eine lange Diskussion geben, nehme ich an. Deshalb eine Vorbemerkung und dann eine inhaltliche. Vorbemerkung: Der Fraktionschef der FDP hat gestern gesagt, sie hätten schon im Februar Vorstösse eingereicht, bevor die ganze Energiedebatte in diesem Land und in diesem Kanton losgegangen ist. Und BDP-Grossrat Kollegger hat heute Morgen gesagt, sie hätten schon im letzten November Vorstösse eingereicht und seien noch früher gewesen. Und ich kann Ihnen sagen, wir haben schon vor 40 Jahren den Atomausstieg verlangt. Es ist wie in vielen Themen so, nachträglich bekommen wir immer Recht. Die Halbwertszeit wird kürzer. Und die Halbwertszeit von diesem Fraktionsauftrag ist sehr kurz, weil die CVP hat gestern denselben Vorstoss eingereicht. Sie sagt, ich fasse es ein bisschen enger, verlangt jedes Jahr fünf Millionen Franken, aber inhaltlich ist es 100-prozentig derselbe Auftrag. Und deshalb bitte ich Sie, warten Sie jetzt nicht bis in die Dezembersession um das zu überweisen, machen Sie das doch heute.

*Pfäffli:* Bei diesem Vorstoss handelt es sich wieder um einen Vorstoss, der seine Einreichung den Ereignissen und dem Aktionismus aufgrund der Situation in Japan verdankt. Ein halbes Jahr später sind neue Ereignisse in das Zentrum der Aktualität getreten und das Megathema in diesem August lautet beispielsweise Frankenstärke und seine negativen Folgen für den Tourismus im Kanton Graubünden. Wäre die SP jetzt konsequent, müssten sie sofort einen Vorstoss einreichen und die Überschüsse aus der Rechnung 2010 in einen Tourismusfonds einzahlen wollen. Das wäre aktuell. Und wenn ich daran denke, dass wir im Oktober über Bildung diskutieren werden, bin ich überzeugt, würde sich dort auch der Anlass finden, dass man einen Bildungsfonds schaffen könnte im Kanton. Damit ist für mich klar, dass Momentaufnahmen nicht zu Aktionismus verleiten sollten, welche Massnahmen verlangen, welche zwei Monate oder einige Monate später wenigstens teilweise in die zweite Reihe zurückgesetzt worden sind. Der Auftrag kommt für mich auch zu spät, weil die Überschüsse aus der Rechnung 2010 dem Eigenkapital zugefügt sind und einen Teil davon haben wir als Rückstellung bereits für den Albula-tunnel vorgesehen. Und meinem Erachten nach ist der Vorstoss auch politisch unklug. Wenn Sie die Mitbestimmungsrechte dieses Parlaments beschneiden möchten, dann schaffen Sie weiter Fonds. Machen Sie das. Möchten Sie aber die politische Mitbestimmung in diesem Rat weiter hochleben lassen, dann kommen Sie in der Budgetdebatte, stellen dort Anträge und setzen Sie diese jedes Jahr wieder erneut der politischen Diskussion aus. Die Regierung macht auch sehr zutreffende und vernünftige Aussagen in ihrer Begründung, weshalb sie eigentlich gegenüber Fonds skeptisch eingestellt ist. Aufgrund all dieser Ausführungen ist für mich klar,

dieser Vorstoss soll und darf nicht überwiesen werden und ich bitte Sie deshalb, ihn nicht zu überweisen.

*Tscholl:* Es scheint, dass das Kurzzeitgedächtnis der SP-Fraktion nicht funktioniert, ansonsten hätten sie den Fraktionsauftrag zurückgezogen. Diesbezüglich verweise ich auf meine Ausführungen zum Rechnungsabschluss 2010, nachzulesen auf Seite 902 des Grossratsprotokolls vom Juni 2011. Die Rechnung des Kantons hätte, wenn saubere Abgrenzungen beim Abschluss vorgenommen worden wären, lediglich noch mit einem Überschuss von zirka 13 Millionen Franken abgeschlossen, nicht berücksichtigt sind dabei die Schuldzinsen gegenüber den Salden der Spezialfinanzierung. Das Rechnungsmodell HRM 2 wird das in Zukunft hoffentlich richten. Lehnen Sie den Antrag ab.

*Kollegger (Malix):* Ich möchte eigentlich schon aufzeigen, warum der Auftrag von Theo Joos nicht derselbe ist wie Eurer, Peter Peyer. Ich möchte da mal aus finanzpolitischer Sicht ansetzen. Wir sprechen zwar 2010 noch von einem erfreulichen Resultat. Wir wissen aber heute schon, dass die Zukunft viel düsterer aussehen wird, wir wissen nicht, was die Nationalbank dann noch auszahlen wird und immerhin sind es heute 42 Millionen, die wir da in unsere Kasse bekommen. Weiter wissen wir auch nicht, wie die Steuerausfälle sich künftig präsentieren werden. Die Währungsturbulenzen werden auch in unserem Kanton nicht so spurlos vorbeigehen.

Dann vielleicht zum Thema Fonds, hier ist es wirklich so, die Junge CVP hat etwas früher angestossen als die SP jetzt. Es besteht schon ein Fonds. Der heisst zwar Innovationsfonds. Wenn man aber den Zweckartikel anschaut, so sieht man dort, dass es wunderbar Spielraum gibt um innovative Ideen, z.B. im Cleantech-Bereich oder auch zum Thema Forschung dort unterstützen zu können. Also ich denke, da waren wir schneller oder unsere Jungen waren schneller. Bestehende Förderungsmassnahmen nicht konkurrenzieren. Das scheint mir auch noch wichtig. Heute bestehen bereits verschiedenste Fördermittel, um erneuerbare Energien zu fördern. Jetzt soll noch etwas hinzukommen, das da ein bisschen quer drin liegt. In meinen Augen, was gilt es zu tun? Der Anschub von erneuerbarer Energie erfolgt über die bestehenden Instrumente, wie z.B. KEV-Beiträge. Nun gilt es eine Standortentwicklung voranzutreiben, welche auch die marktpreisnahen Energiegewinnungen fördert. So sollen die Rahmenbedingungen jetzt auf die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden. Diese dürfen sich nicht nur auf die Stromproduktion beschränken, sondern müssen auch die künftige Stromverteilung mit einbeziehen, sprich die Stromnetze. Weiter sollen die administrativen beziehungsweise die Bewilligungsverfahren überprüft und vereinfacht werden. Das sieht man in verschiedenen Vorschlägen auch, dass es bezüglich Bewilligungspraxis schon noch Spielraum geben würde, dies zu fördern. Ich befürchte, dass ein zusätzlicher Fonds zwar unser Gewissen beruhigt, jedoch nicht unbedingt eine rasche Umsetzung von Massnahmen mit sich bringen würde. Aus diesem Grund unterstütze ich die Regierung und werde den Antrag ebenfalls ablehnen.

*Gasser:* Im Wettbewerb, um wer am frühesten die Vorstösse und Aufträge eingereicht hat, kann ich leider nicht mitmachen, weil unsere Partei einfach schlichtweg erst ganz jung ist. Ich möchte kurz etwas sagen über den Begriff Aktionismus, der immer wieder kommt in dieser Diskussion, auch auf eidgenössischer Ebene. Da möchte ich schon darauf hinweisen, dass gerade diesen Aktionismus vor allem diejenigen Kräfte zu verantworten haben, die sich eben in den letzten Jahren und Jahrzehnten schlichtweg geweigert haben, über Alternativen zum bestehenden Energiekonzept nachzudenken und all diese Möglichkeiten und Alternativen als unrealistisch abgelehnt haben.

Zum Vorstoss zu diesem Antrag nur Folgendes: Für mich ist die eine Botschaft richtig und klar. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass eine Energiewende, so hoffe ich doch, dass wir die ernsthaft anstreben und dann auch mutige Entscheidungen treffen. Eine solche Energiewende ist nur durchführbar und möglich mit entsprechenden Mitteln. Ohne Geld geht es nicht. Jetzt ist aber die Frage natürlich, die zentrale Frage, wie bringen wir dieses Geld auf? Und da bin ich ganz klar aus grünliberaler Sicht der Meinung, das muss über Lenkungsabgaben geschehen. Denn da haben wir zwei Hebel. Wir haben den Hebel und da vielleicht einen kurzen Hinweis noch zu Robert Heinz, ich durfte ja da nicht sprechen, jetzt kann ich das vielleicht kurz nachholen. Ich habe nämlich nachgeschaut, dass die Energieversorgung Schams-Avers weitaus die tiefsten Strompreise hat. Und das finde ich unheimlich schade. Nutzen Sie doch dieses Potenzial. Ich zeige Ihnen dann diese Liste. Nutzen Sie das Potenzial, anstatt den Leuten zu Billigtarifen Strom zu liefern, den Sie dann eben leider wahrscheinlich verschwenden. Also es braucht Lenkungsabgaben. Wir brauchen die Mittel und ich bin überzeugt und sicher, auch im Oktober werden wir die Möglichkeit haben, über ein solches Konzept hier einen Auftrag zu verabschieden. Ich hoffe, das wird erfolgreich sein. Und ich bin auch zuversichtlich, dass weitere Aufträge, die in der Pipeline sind, eben diese Anliegen unterstützen. ,

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Herr Regierungsrat verzichtet. Somit schreiten wir zur Abstimmung. Wer den Fraktionsauftrag der SP betreffend Schaffung eines Bündner Energiefonds aus dem Rechnungsabschluss 2010 des Kantons Graubünden überweisen möchte, möge sich erheben. Wer diesen Auftrag nicht überweisen möchte, möge sich erheben. Sie haben die Überweisung dieses Auftrages mit 86 zu 13 Stimmen abgelehnt.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 86 zu 13 Stimmen ab.

*Standespräsident Bleiker:* Wir kommen zur Anfrage Florin-Caluori betreffend Energiezukunft des Kantons Graubünden. Frau Standesvizepräsidentin.

**Anfrage Florin-Caluori betreffend Energiezukunft des Kantons Graubünden** (Wortlaut Aprilportokoll 2011, S. 676)

*Antwort der Regierung*

1. Das auf den 1. Januar 2011 in Kraft getretene totalrevidierte Bündner Energiegesetz (BEG; BR 820.200) hat zum Ziel, einen Beitrag an die langfristigen Reduktions- und Substitutionsziele einer "2000-Watt-Gesellschaft" zu leisten, im Bestreben, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf eine Tonne pro Einwohner und Jahr zu senken. Hierzu sind klare Reduktions- und Substitutionsziele definiert. Die eingeschlagene Strategie ist grundsätzlich weiterzuverfolgen. Weil die derzeitigen Fördermassnahmen des Kantons sich schwergewichtig auf die Reduktion und Substitution fossiler Energie im Gebäudebereich konzentrieren, sind zusätzlich Massnahmen zur effizienteren Nutzung der elektrischen Energie sowie Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs, etwa im Verkehrssektor, zu prüfen.

Betreffend Wasserkraftnutzung stehen die Optimierung und der Ausbau der bestehenden Wasserkraftwerke im Vordergrund. Im aktuellen Umfeld gilt es grundsätzlich die Rahmenbedingungen für die Wasserkraftnutzung zu verbessern, namentlich im Hinblick auf die anstehenden Konzessionserneuerungen.

Im Weiteren ist die Regierung bereit, wie bereits in der Antwort auf den Auftrag Heiz betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik (vgl. RB vom 29. März 2011, Prot. Nr. 275) erläutert, nächstens einen umfassenden Bericht zur heutigen und künftigen Lage im Bereich der elektrischen Energie sowie zur Position des Kantons mit Bezug auf die Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik zu unterbreiten.

2. a) Die Perspektiven der Wasserkraft im Kanton Graubünden bezüglich neuer Projekte sind grundsätzlich intakt. Das realistische zusätzliche Wasserkraftpotential wird von der Ausgestaltung der Gesetzgebung auf Bundesebene abhängen.

b) Bei Modernisierungen bestehender Wasserkraftwerke sind Wirkungsgradverbesserungen möglich, so dass eine höhere Energieproduktion erzielt werden kann. Modernisierungen sind in der Regel unproblematisch, sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Selbst ein Grossprojekt wie die Gesamterneuerung der Anlagen der Kraftwerke Hinterrhein AG im Umfang von fast 300 Millionen Franken konnte ohne unnötige Verzögerungen genehmigt werden.

c) Die Förderung von Kleinwasserkraftwerken durch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) des Bundes verläuft nicht optimal. Oft entsprechen die eingereichten Projekte nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Dadurch verlängert sich die Verfahrensdauer oft über Gebühr. Bei diesen Anlagen steht der energiewirtschaftliche Nutzen oft in einem eher schlechten Verhältnis zum ökologischen Eingriff.

d) Das gestiegene Interesse und der Bedarf an erneuerbaren Energien sowie die KEV eröffnen neue Möglichkeiten und Perspektiven auch für vor Jahren stillgelegte Projekte.

3. Die Sicherheit der Wasserkraftanlagen und insbesondere der Staumauern kann als gut bezeichnet werden. Die Kraftwerksbetreiber nehmen ihre Verantwortung wahr und sorgen für einen guten Unterhalt und sicheren Betrieb. Die Stauanlagen müssen verschiedene Sicherheitskriterien erfüllen, wozu u.a. auch ein Nachweis bezüglich Erdbebensicherheit erbracht werden muss.

4. Auf der Grundlage des neuen BEG bestehen angemessene Fördermöglichkeiten für Alternativenenergien. Zudem können erneuerbare Energien durch die KEV des Bundes gefördert werden.

*Standesvizepräsidentin Florin-Caluori:* Es ist mir ein Bedürfnis, unserem Standespräsidenten, Ueli Bleiker, herzlich zu seiner ehrenvollen Wahl zu gratulieren. Ich wünsche Ueli Bleiker für das Amt alles Gute, viel Freude und eine gute Zusammenarbeit. Ihnen, geschätzte Damen und Herren, danke ich herzlich für die Wahl. Ich freue mich auf dieses Amt und werde für Sie zur Verfügung stehen. Demzufolge übergebe ich diese Anfrage dem zweitunterzeichnenden Grossrat, Jürg Kappeler, für die Weiterbearbeitung.

*Kappeler:* Besten Dank. Da ja die Erstunterzeichnerin gestern zu Höherem berufen wurde, erlaube ich mir oder fällt mir die Ehre zu, das Anliegen zu kommentieren. Wir haben mit Freude festgestellt, dass unsere Anliegen von der Regierung aufgenommen werden und insbesondere einfließen werden in den Bericht zum Auftrag Heiz. Deshalb danken wir der Regierung für die Erarbeitung der Antwort und wir sind zufrieden und wünschen demzufolge auch keine Diskussion.

*Standespräsident Bleiker:* Damit haben wir die Anfrage Florin-Caluori erledigt und wir kommen zur Fraktionsanfrage der SP. Ich gebe dazu der Erstunterzeichnerin, Grossrätin Baselgia, das Wort.

**Fraktionsanfrage SP betreffend Einführung eines "Bündner Energierappens" (Erstunterzeichnerin Baselgia-Brunner)** (Wortlaut Aprilprotokoll 2011, S. 663)

*Antwort der Regierung*

Seit Beginn des Jahres 2010 werden Gebäudesanierungen im Rahmen des Förderprogrammes "Das Gebäudeprogramm" des Bundes und der Kantone gefördert. Mit Inkrafttreten des neuen Energiegesetzes des Kantons Graubünden (BEG; BR 820.200) am 1. Januar 2011 wurde auch die kantonale Förderung angepasst und auf das nationale Förderprogramm abgestimmt. Im Budget 2011 stellt der Kanton eigene Mittel in der Höhe von 9 Mio. Franken für die direkte Förderung zur Verfügung. Mit dieser erhöhten Förderung sollen die in Art. 3 Abs. 2 BEG definierten Ziele betreffend den Verbrauch von fossilen und erneuerbaren Energien im Gebäudebereich erreicht werden. Der Bund erhebt seinerseits eine Abgabe auf den Stromkonsum zur Förderung von erneuerbaren Energien in der Höhe von derzeit 0.45 Rappen pro

Kilowattstunde (kWh). Mit der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) werden folgende Technologien gefördert: Kleinwasserkraft, Photovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biomasse und Abfälle aus Biomasse. Die Anlagen können aufgrund der KEV kostendeckend und mehrheitlich mit Gewinn betrieben werden.

Zu den gestellten Fragen:

1. Mit der KEV, dem Förderprogramm "Das Gebäudeprogramm" und der zusätzlichen kantonalen Förderung werden die Produktion erneuerbarer Energie und energetische Sanierungen bereits namhaft unterstützt. Dank dieser Unterstützung von Bund und Kanton können gemäss heutiger Beurteilung die Ziele des BEG im Gebäudebereich wie geplant erreicht werden, so dass sich eine Erhöhung der Fördergelder nicht aufdrängt. Für weitere Mittel in Form eines Energierappens besteht somit aus Sicht der Regierung kein Bedarf.

2. Die zusätzliche finanzielle Belastung hängt vom jeweiligen Stromverbrauch des Privathaushalts ab. Je nach Grösse des Haushalts, der Beheizung und der Ausstattung mit elektrischen Geräten wären Mehrkosten von 30 - 150 Franken pro Jahr

zu erwarten. Im Einfamilienhaus benötigt ein 2-Personen-Haushalt mit Elektroboiler durchschnittlich 6'000 kWh pro Jahr. Durch die Einführung einer Abgabe vom 1 Rp./

kWh auf den Stromverbrauch müssten solche Haushalte mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 60 Franken pro Jahr rechnen.

3. Die Spanne der jährlichen Zusatzbelastungen wäre je nach Gewerbe- oder Industriebetrieb sehr gross. Kleinstbetriebe mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von rund 10'000 kWh hätten bei einer Abgabe vom 1 Rp./kWh auf den Stromverbrauch mit zusätzlichen Kosten von rund 100 Franken pro Jahr zu rechnen. Mittlere Gewerbebetriebe würden mit zusätzlich rund 1'500 Franken belastet, grössere Betriebe bei einem Verbrauch von gut 5'000'000 kWh mit etwa 50'000 Franken, während die grössten energieintensiven Stromverbraucher im Kanton jährliche Zusatzkosten bis zu mehreren Millionen Franken zu tragen hätten.

4. Bei der Beratung des neuen BEG in der Aprilsession 2010 wurde auch über eine Abgabe auf den Stromverbrauch ausgiebig diskutiert. Die grosse Mehrheit des Grossen Rates lehnte damals, gleich wie die Regierung, einen entsprechenden Energiefonds ab. Der Grosse Rat stimmte statt dessen den in Art. 3 Abs. 2 BEG definierten Zielen betreffend Energie im Gebäudebereich zu, die auch nach Meinung der Regierung aus technischer Sicht vernünftig, realisierbar und wirtschaftlich tragbar sind und mit den bestehenden Förderprogrammen erreicht werden können. Ein erneutes Vorbringen dieses Anliegens macht folglich wenig Sinn. Jede Verteuerung des Stroms führt zu einer Veränderung der Wettbewerbssituation und damit auch der Standortqualität unseres Kantons für die Wirtschaft, aber auch für die Privathaushalte. Ein Alleingang Graubündens bei der Strompreisgestaltung hätte insbesondere für energieintensive Unternehmen einschneidende Auswirkungen. Zudem wird die Erhebung eines Stromrappens mittlerweile bereits auf Bundesebene behandelt.

Die Regierung lehnt aus diesen Gründen eine zusätzliche kantonale Abgabe auf den Stromverbrauch ab.

*Baselgia-Brunner:* Im Gegensatz zu meinem Vorredner beantrage ich Diskussion.

*Antrag Baselgia-Brunner*  
Diskussion

*Standespräsident Bleiker:* Es ist Diskussion beantragt. Wer dem zustimmen möchte, möge sich erheben. Offensichtliche Mehrheit. Grossrätin Baselgia.

*Abstimmung*

Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

*Baselgia-Brunner:* Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass die Frage einer Abgabe auf dem Energieverbrauch bereits im April 2010 im Zusammenhang mit dem Energiegesetz diskutiert worden sei und dass ein erneutes Vorbringen dieses Anliegens folglich wenig Sinn macht. Da muss ich mich schon fragen, hat die Bündner Regierung nicht mitbekommen, was in der Zwischenzeit im März 2011 dieses Jahres in Japan passiert ist? Die Energiefragen haben in der Bevölkerung und auch in diesem Parlament einen anderen Stellenwert bekommen. Das muss die Regierung zur Kenntnis nehmen. Der Bundesrat hat als Folge der Katastrophe in Japan seine Strategie geändert. Die Bündner Regierung hält das anscheinend für nicht notwendig. Sie beruft sich auf eine Diskussion vor der Katastrophe in Japan.

Meiner Einschätzung nach hat sich die Bündner Regierung nicht ernsthaft mit der Anfrage der SP auseinander-gesetzt. In unserer Anfrage wurde unter Punkt eins einerseits nach dem Potenzial und andererseits nach Verwendungszwecken eines Energierappens gefragt. Zum Potenzial äussert sich die Regierung überhaupt nicht. Und bei möglichen Verwendungszwecken gibt es nicht eine einzige Idee in der Antwort der Regierung. Dabei könnte man z.B. einfach nach Basel schauen. Stadt Basel hat nämlich seit 1998 eine Lenkungsabgabe auf den Stromverbrauch. Und Baselland kennt seit über 20 Jahren einen Energiefonds. Es gibt dort eine ganze Reihe von sinnvollen Verwendungszwecken. Auch wurde in Basel bereits vor zehn Jahren im Energiebereich eine äusserst positive Bilanz gezogen. Man stellte erstens fest, dass Förderungsmassnahmen im Energiebereich den Verbrauch reduzieren. Zweitens, dass Förderungsmassnahmen ein wichtiger Bestandteil der Energiepolitik sind. Drittens, dass durch Förderungsmassnahmen vermehrt neue erneuerbare Energien eingesetzt werden. Viertens hat Basel festgestellt, dass nach zehn Jahren von 18 Millionen Franken investierten Staatsgeldern über 106 Millionen Investitionsvolumen entstanden ist. Solche Investitionen würden auch unserem Kanton gut-tun und würden sowohl aus ökologischer als ökonomischer Sicht grossen Sinn machen. Mit Lenkungsabgaben wie z.B. den Energierappen kämen wir auch in Graubünden all den Zielen näher, die gestern und heute genannt worden sind. Zum Beispiel die vom Regierungsrat proklamierte Beschränkung auf dem Energieverbrauch könnte mit einer Lenkungsabgabe bestens verfolgt wer-

den. Oder die Forderung der Freien Fraktion, noch vermehrt auf Förderprogramme zu setzen. Die Forderungen der CVP für einen Lehrstuhl im Bereich Cleantech. Oder die Unterstützung der Gemeinden in Energiefragen. Und die GLP, welche nach verstärkten Förderprogrammen ruft. Die Frage ist einfach, wie wollen Sie das alles finanzieren? Die beiden Basel machen uns das vor mit einem Energierappen oder einem Energiefonds. Grossrat Kollegger hat gerade vorhin von Steuereinsparungen und schlechter Wirtschaftslage gewarnt. Und trotzdem fordert die CVP heute fünf Millionen Franken jährlich für Massnahmen im Energiebereich. Ich kann das nur unterstützen. Ich frage Sie einfach, woher nehmen Sie das bei sinkenden Steuereinnahmen und schlechter Wirtschaftslage? Und wir müssen auch nicht warten, wie das gestern CVP-Fraktionschef gefordert hat. Grossrat Clavadetscher hat gesagt, die Möglichkeiten und Fakten liegen auf dem Tisch. Also umsetzen. Wir sind bereit. Was in Basel bereits vor 20 Jahren erfolgreich und ohne Schaden passiert ist, das können wir auch. Der Grosse Rat hat im April mit vielen Vorstössen die Regierung aufgefordert, sich ernsthaft mit der Energiefrage auseinanderzusetzen. Meiner Meinung nach hat die Regierung das mit dem Vorstoss der SP nicht getan. Und deshalb bin ich von der Antwort der Regierung enttäuscht, respektive eben nicht befriedigt.

*Berther (Camischolas):* Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass wir nicht nur das Problem Fukushima haben, sondern auch die Frankenstärke, wie Kollege Michael gesagt hat. Ich meine, es ist doch nicht sinnvoll, wieder eine neue Abgabe einzuführen, die Ausgangslage für die Bündner Wirtschaft zu erschweren, die wirtschaftliche Dynamik zu behindern und die Staatsquote zu erhöhen. Die Frage der Preisbildung ist eine heikle Frage. Ich frage Sie, wenn Sie einen Bündner Einwohner oder z.B. in meiner Gemeinde Tujetsch sagen, ja was hältst du davon, dass jetzt ein Rappen pro Kilowattstunde auf deine Stromrechnung gesetzt wird. Wir als Wasserschlosskanton. Wir, die einen Strommix ausschliesslich von erneuerbaren Energien haben. Ich meine, da ist es schwer zu erklären, weswegen wir jetzt plötzlich im Alleingang zu anderen Kantonen da eine neue Abgabe einführen sollen. Der Vergleich mit Basel, das ist doch völlig etwas anderes. Basel ist kein Wasserschlosskanton. Basel, Sie vergleichen da Äpfel mit Birnen. Das hat doch mit dem nichts zu tun. Also der Kanton Graubünden leistet schon heute und will auch einen wesentlichen Teil zur eidgenössischen Strompolitik leisten. Und Sie schlagen das über den gleichen Leisten. Und ich warne davor, diese Vergleiche anzustellen. Deshalb meine ich, dass da die Einführung eines Energierappens für einen Durchschnittseinwohner von Graubünden heute nicht in Frage kommt und auch schwer zu erklären ist. Und die Frage der Preisbildung, will man da weiss ich wie hoch treiben oder nicht? Das müsste man vielleicht in einem gesamten schweizerischen Kontext besprechen. In Zürich hat man billigere Preise als im Kanton Graubünden. Ja, wie erklären Sie einem Averser Einwohner, wo viel Wasser abgibt für die Stromproduktion, dass derjenige, der in der Stadt Zürich hockt und 20 Prozent billiger Strom beziehen kann, wir plötzlich noch zusätzlich eine

Abgabe leisten sollen? Also das ist nicht gut erklärbar und das müssen Sie heute nicht wieder zur Diskussion bringen.

*Gasser:* Ich habe es vorhin erwähnt, ich denke, Lenkungsabgaben sind wichtig. Ich meine, wir müssen die Kosten auch relativieren. In der Antwort des Regierungsrats wurde ja geschrieben, Haushalte Mehrkosten von 30 bis 150 Franken, je nachdem, ob mit Elektroboiler, mit elektrisch betriebener Wärmezeugung ja oder nein. Wir haben schon in der Diskussion auch gestern immer wieder gehört, an sich sind unsere Energie und insbesondere die Strompreise zu tief. Wenn ich die Tarife anschau, dann ist es eine riesen Spanne. Da gibt es Gemeinden, ich habe es vorhin gesagt, z.B. aus dem Avers, da kostet es neun Rappen und da gibt es die teuersten, die liegen bei 20 Rappen. Also ich denke, da ist eine grosse Spanne, wo es auf diesen Rappen, würde ich jetzt meinen, gerade im Haushaltsbereich nicht so stark darauf ankommt. Umso mehr, dass wir ja die Möglichkeit haben, und das wäre ja gerade die Intention, dass wir über die höheren Tarife, und wir reden wirklich nur von einem Rappen, dass wir über diese Tarife eben auch einen Ansporn haben, Strom zu sparen. Es ist doch unbestritten, da können wir uns selbst doch an der Nase nehmen, wir verschwenden heute noch Strom in Hülle und Fülle. Und wir haben die Möglichkeit, alleine im Haushalt durch den Ersatz, der Kanton hilft ja dabei mit dieser Aktion, haben wir die Möglichkeit stromsparende Geräte einzusetzen. In der Industrie ist nach wie vor ein grosses Potenzial insbesondere auf den Motoren usw. möglich. Also wir können diese Mehrkosten dieses Rappens, bin ich überzeugt, mit Investitionen, die wieder wirtschaftlich von Bedeutung sind, können wir hier vorankommen. Ich habe einmal geschaut, wie das etwa aussieht von den Grossverbrauchern im Kanton Graubünden. Ich glaube, man muss das relativieren. Die Zahlen sind natürlich nicht alle offiziell. Ich muss hier auch vorsichtig sein. Aber ich habe mir doch aufgrund auch unserer Geschäftsbeziehung durfte ich da erfahren, dass z.B. eine Giesserei, ich nenne keinen Namen, die sehr energieintensiv arbeitet, müsste mit Mehrkosten rechnen von etwa 30'000 Franken. Ich bin überzeugt, das würden wir auf diesen Dolendeckeln, die wir da hie und da überfahren auf der Strasse, im Preis kaum merken. Ich habe die Zahlen, nicht die genauen, aber Ems Chemie hat mich natürlich insbesondere interessiert, als sehr energieintensive Firma. Aus den Unterlagen haben wir grob errechnet, das würde etwa eine Strompreisverteuerung bedeuten von etwa 700'000 Franken. Das tönt jetzt an sich sehr viel. Aber wenn ich Ihnen sage, dass im letzten Jahr die Ems-Chemie 232 Millionen Franken Gewinn ausgewiesen hat, dann sind das ungefähr drei Promille. Wenn ich die Rechnung bei mir machen würde, dann glaube ich, müsste ich nicht lange überlegen, diesen Rappen tatsächlich zu bezahlen. Wenn ich da auch noch daran denke, dass ich die Chance habe, ja eben hier durch Investitionen in die Effizienz diesen Rappen, dieses Geld wieder rein zu bekommen. Und jetzt meine ich einfach, ich habe das auch heute Morgen schon gesagt, es hat sich eben tatsächlich etwas geändert seit der Verabschiedung des Energiegesetzes. Die Ziele, die wir dort haben, ent-

sprechen nicht mehr den Vorgaben auch des Bundesrats. Ich kann Ihnen sagen, dass wir im Gebäudebereich auch der Bundesrat bedeutend anspruchsvollere höhere Ziele hat. Und die Konferenz der Energiefachstellen hat ganz deutlich gesagt, ich habe es dort von einem Kommissionsmitglied mitbekommen, dass der Bundesrat für 2020 von Null-Energie oder nahezu Null-Energie-Häusern ausgeht. Das ist weiter als das, was wir im Energiegesetz drin haben. Und ich kann Ihnen sagen, mit diesen Geldern machen wir etwas Sinnvolles. Ich habe es auch gestern gesagt. Wir verheizen immer noch für 250 Millionen Öl, was nicht notwendig ist. Investieren wir jetzt und das können wir nur sinnvoll und rasch machen, wenn wir das Geld zur Verfügung haben. Ich erlebe das wöchentlich, fast täglich, wie solche sinnvollen Investitionen rausgeschoben werden oder nicht gemacht werden, weil das Geld fehlt. Das muss auch nicht à fonds perdu passieren. Das kann auch über Kredite passieren. Und dann machen es die Leute. Und ich bin überzeugt, wenn wir hier diese Chance wahrnehmen, auch das Geld bereitstellen, die Energie, den Strom absolut moderat, kaum spürbar vor den Einzelnen über eine solche Lenkungsabgabe erhöhen, das Geld zur Verfügung stellen für diese Investitionen, dann profitiert das Gewerbe, es profitieren Arbeitsplätze, wird es geben und zwar im ganzen Kanton, nicht nur zentriert auf irgend welche Riesensägewerke oder sowas, sondern im hintersten und letzten Tal. Das möchte ich auch Robert Heinz sagen. Diese Täler, diese peripheren Gemeinden profitieren insbesondere von diesen Programmen, die ehrgeiziger werden müssen. Das sagt auch der Bundesrat. Ich bitte Sie alle hier jetzt wirklich im Sinne auch von Leo Jeker, er hat es gesagt, wir müssen endlich auch wollen. Da bin ich absolut mit ihm. Goethe hat noch gesagt: „Es ist nicht nur das Wollen, wir müssen es auch tun.“ Also nehmen Sie es wahr und unterstützen Sie diesen Auftrag. Ich denke, es ist ein wichtiger, auch wirtschaftlicher Faktor für die Zukunft.

*Thöny:* Also zuerst, es ist ja nur eine Anfrage. Und wir haben auch bewusst eine Anfrage gestartet, um mal zu sehen, was sind dann die Resultate der einzelnen Frage, in welcher Grössenordnung bewegt sich dieses Anliegen. Und deshalb denke ich, können wir durchaus auch noch ein bisschen Emotion rausnehmen aus dieser Diskussion. Ich möchte Ihnen aus der Praxis ein Beispiel bringen, wo Sie sehen können, dass das durchaus Sinn macht und funktioniert. In der Energiestadtgemeinde Igis, Kollege Berther, da hat man sich auch gefragt oder da haben wir als Gemeindevorstand die Bevölkerung gefragt, was haltet Ihr davon, einen Energierappen zu bezahlen. Und in der Volksabstimmung sind 69 Prozent bei der Abstimmung diesem Anliegen gefolgt und haben entschieden, dass sie einen Energierappen, es sind exakt 1,4 Rappen im Moment, abgeben wollen. Das Ganze hat aber eine Bedingung gebraucht. Die Leute waren nur zu überzeugen, indem wir ihnen gesagt haben, wofür brauchen wir dieses Geld. Also die Zweckbindung, um zu sagen, wir fördern gewisse Projekte, wir investieren in Energieeffizienz, das hat die Leute mehrheitlich überzeugt, um diesem Anliegen zuzustimmen. Und wir haben sogar noch weiter gedacht. Wir haben eine Ausnahme

gemacht für Unternehmungen, die sich einem Effizienzprogramm, einem offiziellen unterstellen und gesagt, wenn ihr uns da einen Nachweis bringen könnt, dann müsst ihr nur die Hälfte davon abgeben. Es funktioniert, die Leute sind überzeugt und wir können damit sehr viel erreichen. Und genau aus diesem Hintergrund wäre es richtig, wenn man auf Kantonsebene ein ähnliches Modell sich überlegen könnte.

*Schucan:* Ich erachte den Ansatz sowohl ökonomisch als auch ökologisch als falsch. Zum einen es handelt sich hier nicht um einen Energierappen, sondern um einen Stromrappen. Damit konzentriert man sich auf einen Viertel der Energie und drei Viertel bleiben aussen vor. Zum Ökologischen: Es werden falsch Anreize gesetzt, indem beispielsweise Wärmepumpen behindert werden. Der Umstieg zu Wärmepumpen wird bestraft, zum anderen wer sich für Ökostrom entschieden hat, muss zusätzliche Abgaben bezahlen. Das wird nicht berücksichtigt. Ökonomisch falsch deswegen, weil, wenn Sie jetzt das reale wirtschaftliche Umfeld anschauen, dann nachher beschliesst die Nationalbank die Schwächung des Schweizer Frankens in Bezug auf den Euro, stellt die Preisstabilität in der Schweiz aufs Spiel beziehungsweise macht einen Hochseilakt diesbezüglich. Der Bundesrat entscheidet 870 Millionen Unterstützungsmassnahmen für Exportindustrie und Tourismus. Parallel dazu soll im Kanton Graubünden tausende wenn nicht millionen von Franken wieder abgeschöpft werden und die Wirtschaft damit wieder belastet werden. Wie sollen wir da diese Unterstützungsmassnahmen auf Bundesebene weiter rechtfertigen?

*Clavadetscher:* Ich habe nur noch zwei Punkte anzufügen. Einerseits die Frage nach einer Lenkungsabgabe scheint mir durch den Beschluss, dass man aus der Kernenergie aussteigen will, mittel- oder langfristig, wie auch immer. Das wird ohnehin dazu führen, dass der Bedarf und der Preis für den Strom noch beträchtlich ansteigen wird und die Lenkungsabgabe von einem Rappen, dass das eigentlich dann in diesem verschwimmt. Also der Umbau der Stromversorgung auf die neuen erneuerbaren Energieträger, das wird uns erheblich belasten und das werden wir auch in den Tarifen spüren. Dann eine zweite Bemerkung zum Praxisbeispiel von Grossrat Thöny. Warum funktioniert das in einer Gemeinde? Dort ist es eben übersichtlich und Herr Thöny hat auch betont, es ist wichtig, dass diejenigen, die den Stromrappen oder den Energierappen abzugeben haben, wissen, für was das eingesetzt wird. Und ich denke auf Gemeindeebene ist das sichtbar. Es ist für jeden Bürger sichtbar, wo das Geld wieder eingesetzt wird. Ich habe aber auf der anderen Seite meine Zweifel, ob das auf einer kantonalen Ebene noch funktioniert und darum bin ich eigentlich der Meinung, dass ein Stromrappen auf kantonomer Ebene nicht sinnvoll ist und zielführend.

*Heinz:* Herr Gasser hat verdankterweise zweimal jetzt meinen Namen erwähnt. Herr Gasser, Herr Grossrat Gasser, eigentlich wäre mir lieber gewesen, Sie hätten meine Frage beantwortet. Aber ich weiss, jetzt haben Sie gerade zweimal gesprochen und jetzt können Sie mir das

nicht beantworten. Das ist Ihr Pech. Zudem lassen wir uns in den Südtälern der Viamala gar nicht vorschreiben, wie wir mit unserer wertvollen Energie umgehen. Und ich sage Ihnen nochmals, wir verschleudern die nicht. Wir nutzen die da oben für sinnvolle, kreative Arbeit, für die Wirtschaftsförderung usw. und dass wir natürlich wie ich Ihnen vorhin schon gesagt habe, auch eine warme Stube haben. Ich gönnte Ihnen mal so acht Monate in Juf oben zu wohnen. Dann würden Sie manchen Blick ganz anders haben, als was Sie ihn heute haben. Ja im holden Chur, da können Sie Telefon machen, es kommt alles, es läuft alles, alle machen was, wenn Sie etwas wollen, springen für Sie. Das ist das Leben ganz ein einfacheres als dort oben. Also ich bitte Sie, konzentrieren Sie sich dort, wo Sie zu Hause sind. Schauen Sie, was vor der eigenen Tür abläuft und nicht immer bei den anderen. Das wäre sehr wichtig. Zudem möchte ich einfach unserer Bevölkerung nicht antun, dass sie noch ein, zwei Rappen für den Strom bezahlen. Unsere Gemeinde, ich habe es vorhin fein gesagt, jetzt sage ich es gröber, waren die Finanzen nicht ganz im Griff, ja was haben wir gemacht? Wir mussten den Strom um fünf, sechs Rappen erhöhen. Nicht? Um die Finanzen in das Lot zu bringen. Ja ist das wirklich nett gegenüber der Peripherie, die sonst schon Mühe hat, über die Runde zu kommen? Und Sie wollen jetzt noch mehr von uns. Das kann es einfach nicht sein. Also ich bitte Sie, den Auftrag abzulehnen.

*Standespräsident Bleiker:* Also ich halte fest, es ist nur eine Anfrage. Weitere Diskussion? Grossrat Peyer.

*Peyer:* Lieber Kollege Clavadetscher. Wenn man gar keine Argumente mehr hat, dann sagt man, ja in der Gemeinde könnte das funktionieren, aber im Kanton selbstverständlich nicht. Und in eine ähnliche Richtung ist Grossrat Berther gegangen. Er hat gesagt, ja man könnte schon, aber Alleingang geht es natürlich nicht. Wir müssen in Abstimmung mit der Schweiz, mit allen übrigen Kantonen müssen wir das lösen. Und Regierungsrat Cavigelli hat gestern ausgeführt oder heute Morgen, ich zitiere ihn wörtlich: „Allgemein ist der Trend der Bundespolitik Aufgaben an sich zu ziehen. Wir kämpfen als Kanton dafür, Autonomie bei uns zu behalten, im Wissen, dass nur die Kompetenz hier vorhanden ist.“ Jetzt müssen Sie sich dann irgendwann einigen. Machen wir jetzt das in Abstimmung mit der übrigen Schweiz, delegieren wir das an die Gemeinden oder lösen wir das, wo wir tatsächlich Kompetenz im Kanton haben, eben auch auf kantonaler Ebene? Ich beweise jetzt Ihnen, es geht sehr wohl auf kantonaler Ebene. Ich habe ein bisschen in Ihre Reihen geschaut. Die NZZ ist da sehr gut vertreten. Grossrat Kunz hat sie intensiv studiert vorher und Sie haben sicher im Inlandteil der NZZ heute Morgen gelesen, was Schaffhausen gestern beschlossen hat. Es war dabei der Baudirektor Reto Dubach, FDP, und der Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt, SVP. Sie haben gestern verkündet: „Eine neue Strategie soll bis 2040 die Abhängigkeit Schaffhausens vom Atomstrom beenden und den Umstieg auf erneuerbare Energien ermöglichen.“ Sie haben dabei folgende Massnahmen: „Bestandteil der Strategie sind zahlreiche Massnahmen von der Ersatzpflicht für Elekt-

roheizungen bis zum Projekt eines intelligenten Stromnetzes Smartgrid.“ Der Umstieg auf Erneuerbare würde einen Rappen pro Kilowattstunde Strom kosten und auf erneuerbare, nur inländisch oder in der Region produziert, vier Rappen pro Kilowattstunde. Der SVP-Volkswirtschaftsminister Schaffhausen sagt, das sei eine Grössenordnung, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigen würde. Ich glaube er ist unverdächtig in solchen Sachen. Und jetzt, wie macht Schaffhausen das? Das mein letztes Zitat: „Geplant ist, solche Vorgaben durch einen neuen Fonds zu finanzieren, der durch eine Förderabgabe von 0,5 bis 1,5 Rappen pro Kilowattstunde gespeist wird.“ Sehen Sie, es geht, wenn man will. Aber hier drinnen sträuben sich alle dagegen, den schönen Worten, die sie seit gestern verkünden, eine einzige handfeste Tat folgen zu lassen. Und das ist bedauerlich.

*Kappeler:* Grundsätzlich bin ich einer Lenkungsabgabe, wie Josias Gasser auch schon erwähnt hat, nicht abgeneigt. Ich finde, der entscheidende Punkt ist derjenige, den Kollege Thöny angesprochen hat. Was machen wir damit? Und im Kanton Graubünden, da gäbe es sicher eine Möglichkeit, eine wichtige, nämlich der Bereich der Gebäudesanierungen. Da haben wir eine Herausforderung. Das ist ganz klar. Wir haben entsprechend Vorgaben im Bündner Energiegesetz. Wir werden, man kann da diskutieren, ob die Vorgaben streng genug sind oder nicht, spätestens in vier Jahren wird ja dann das Controlling erfolgen, ob wir die Ziele erreichen. Ich gehe mal davon aus, dass spätestens dann braucht es diesbezüglich vermutlich noch finanzielle Mittel.

Der zweite Punkt wäre der potenzielle Einsatz eines solchen Rappens in die Stromproduktion. Und hier gilt es einfach schon zu beachten, dass wir im Kanton Graubünden andere Voraussetzungen haben als beispielsweise das erwähnte Basel Stadt. Basel Stadt im Gegensatz zu uns hat weder die Chance auf Wind, hat weder die Chance auf Wasser und auch die Versuche mit der petrothermalen Tiefengeothermie sind gescheitert. Während dem wir in Graubünden wirklich Potenziale haben. Die Folge davon wäre, dass wenn wir diesbezüglich mehr investieren, ginge letztlich dann die Mehrproduktion in den Export, was aber durchaus ein denkbarer Weg ist. Ich würde aber vor allem beliebt machen, wenn es schon Geld gibt, dann die wirklich aufgrund unserer Situation in den Bereich Forschung und Entwicklung zu stecken.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Herr Regierungsrat.

*Regierungsrat Cavigelli:* Ich bin froh um das letzte Wort, weil es tatsächlich die Diskussion ordnet. Wir müssen uns in erster Linie fragen, was wollen wir tun, was müssen wir tun? Was macht letztlich Sinn? Und wenn wir diese Frage beantwortet haben, dann können wir fragen, haben wir die Instrumente dazu? Und letztlich unter anderem auch das Geld dazu? Zurzeit ist es nicht so, dass wir nicht wüssten, was wir tun sollen und es ist zurzeit auch nicht so, dass wir dafür zu wenig Geld haben. Ich möchte erinnern, dass es eine ganze Reihe

von Instrumenten gibt auf Bundesebene, auf kantonaler Ebene, die im Prinzip die Ziele verfolgen, die man letztlich auch mit dem Fonds, mit der Speisung aus dem Energierappen, unterstützen könnte. In erster Linie ist einmal da die kostendeckende Einspeisevergütung, die berühmte KEV, die ja die Produktion von Strom aus neuen erneuerbaren Energieträgern fördern möchte. Sie wird im Übrigen auch finanziert mit einem Aufschlag auf den Strompreis, zurzeit von 0,45 Rappen pro Kilowattstunde. Es ist ein nationales Projekt, ein nationales Instrument, von dem wir im Kanton Graubünden sehr gerne und gut Gebrauch gemacht haben in der Vergangenheit.

Ich konnte gestern darauf auch hinweisen, dass wir im kantonalen Bündner Energiegesetz auch Instrumente aufgenommen haben, die letztlich dem Ziel dienen, was der Vorstoss mitfinanzieren möchte. Es sind einerseits Finanzierungsmöglichkeiten gegeben, um vor allem im Gebäudebereich der Energieeffizienz zu dienen, zum einen, und zum andern auch den Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energieträger zu fördern. Und diese Massnahme im kantonalen Bereich ergänzt ein weiteres Bundesprojekt. Ein Projekt Gebäudeprogramm. Das Gebäudeprogramm, so heisst es simpel, getragen vom Bund und den Kantonen. Diese beiden Instrumente, kantonales Instrument basierend auf dem kantonalen Energiegesetz, und das Gebäudeprogramm, ergänzen sich bestens. Es gibt auch dort verschiedene andere Initiativen auf Bundesebene angesiedelt, die im Bereich liegen, den Frau Baselgia anspricht, den man eben unterstützen könnte mit einem kantonalen Energierappen. Es geht dort auf Bundesebene beispielsweise um den Masterplan Cleantech Schweiz. Also die Stärkung der Innovationskraft unserer Wirtschaft insgesamt, ein nationales Projekt. Und ich denke, dass es dort auch richtig angesiedelt ist und es gibt ausserdem auch noch das Programm Energie Schweiz, wo man auch Energieeffizienz und erneuerbare Energien unterstützen möchte. Sie sehen, es gibt viele Programme, viele Handlungsideen. Letztlich ist es aber das Wichtigste, dass wir aus dem, was wir alles andenken, auch etwas konkret machen, dass das was wir andenken letztlich auch die Spur hinterlässt, die wir uns wünschen in Richtung Umstieg auf erneuerbare Energien, in Richtung Effizienz, in Richtung Energiesparen.

Auf kantonaler Ebene haben wir aber nicht nur die Instrumente dazu, sondern auch das Geld. Wir haben im Budget 2011 neun Millionen Franken eingestellt. Dieser Betrag ist zurzeit noch nicht ausgeschöpft. Ich möchte Sie auffordern, davon eine Schnitte abzuschneiden, zu profitieren, wenn Sie das wollen. Wir werden mit Gewissheit auch im ordentlichen Budget des nächsten Jahres solche Gelder einstellen können, um den Fördermassnahmen auf kantonaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen.

Grossrat Gasser spricht der Abgabe das Wort, weil es eine Lenkungsabgabe sei. Eine Lenkungsabgabe soll also das Verhalten der Teilnehmer am Strommarkt lenken, steuern. Die Privaten sollen dann deswegen weniger konsumieren oder sich anders verhalten und die Unternehmen sollen sich anders verhalten und in andere Energieträger investieren. Umgekehrt sagt Herr Gasser aber

auch, und das steht ziemlich im Widerspruch zum ersten, dass es die einzelnen Unternehmen ja gar nicht merken würden, dass die Abgabe in Summe pro Jahr so klein sei und dass sie auch klein sei natürlich bei den privaten Haushalten. Ich möchte diese Wertung letztlich offenlassen, ob das so ist. In der Summe aber wird es trotzdem so sein, dass der Energierappen uns Gelder gibt, sie bindet und dass wir diese Gelder letztlich nicht brauchen, weil wir sie anders beschaffen können, um die Ziele zu erreichen, um die Massnahmen zu fördern, die wir als förderwürdig anschauen.

Es hat noch einen kleinen sozialen Aspekt. Wenn wir die Mittel aus dem ordentlichen Budget finanzieren, dann werden die letztlich finanziert durch unsere Bürger, durch unsere Unternehmen nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Und wenn wir sie über einen Energierappen finanzieren lassen, dann werden sie bei uns im Kanton Graubünden vor allem über jeden einzelnen Bürger, über jede einzelne Bürgerin und die Unternehmen einfach nach dem Stromkonsum finanziert, aber eben, falls Herr Gasser Recht hat, ohne dass sie das wirklich merken. Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Idee zu verwerfen und sich darauf einzustellen, dass wir die Aufgaben machen, auch ohne dass dann dieser Anfrage später ein Auftrag folgt, einen Bündner Energierappen, oder wie Herr Schucan richtigerweise feststellt, einen Stromrappen einzuführen.

*Gasser:* Jetzt hat es mich schon ein bisschen gejuckt, die Antwort. Es ist natürlich richtig, Regierungsrat Cavigelli, dass man mit einem Rappen nicht das Verhalten der Leute allzu stark beeinflussen kann. Das ist doch uns allen klar. Aber es geht um die richtige Richtung. Das ist das eine. Und so wenn man das so kurz ausrechnet, gibt es etwa 80 Millionen, wenn ich das richtig ausrechne, die zur Verfügung stehen, um eben Investitionen in die Energieeffizienz zu unterstützen. Und da muss ich Ihnen entschieden, muss ich Ihnen entgegenhalten, dass das eben mit den jetzigen Mitteln nicht funktioniert. Ich erlebe es dauernd, dass Leute an sich Gesamtsanierungen machen wollen und sie machen diese nicht, weil sie einfach sagen, wir haben die Mittel nicht. Es ist mir zu teuer. Ich habe die Mittel nicht. Das gilt auch für Gemeinden. Und da bitte ich doch auch die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, sich dessen bewusst zu sein, dass diese Mittel, es wurde schon gesagt, entscheidend ist, wo die eingesetzt werden. Wir könnten ja auch öffentliche Gebäude der Gemeinden unterstützen.

Und da komme ich dann zu der Ökonomie, die aus FDP-Seite genannt wurde, die ja immer den ökonomischen Sachverstand so hoch ansetzt. Ich glaube da machen Sie wirklich einen entscheidenden Fehler. Sie sprechen bei Lenkungsabgaben immer nur von den Kosten. Sie reden aber nie von dem, was in die Wirtschaft zurückfliesst. Und da kann ich Ihnen sagen, das ist ökonomisch absolut klar bewiesen, das können Sie nachlesen. Das letzte Energieprogramm von Energie 2000 hat das gezeigt. Hier sprechen wir von einem Multiplikator von rund acht bis zehn. Das heisst, jeden Franken, den ich zurückspeise in die Wirtschaft, über diese Sanierungen usw., dieser vervielfacht sich um diesen Betrag. Dann denken Sie daran, dann haben wir Mehrwertsteuer, das ist ja nicht

kantonale Geschichte, aber wir haben auch Unternehmenssteuern, die wieder Einkommen bedeuten für den Staat mit einem solchen Programm. Und wenn Sie sagen, eben Wechselkurs usw. belaste nur die Unternehmung, wir könnten doch diese Mittel auch dafür einsetzen, z.B. den Hoteliers, die jetzt sehr in Bedrängnis sind, ihnen zu helfen, ihre Infrastruktur zu sanieren, ihre Wellnesszentren weg zu bringen vom Öl. Und dann haben wir eben etwas für die Zukunft gemacht. Wir investieren jetzt und werden Ihnen in der Zukunft die Betriebskosten reduzieren. Und das ist nämlich der Effekt. Wenn Herr Clavadetscher sagt, ja die Strompreise werden ja ohnehin ansteigen. Eben gerade deshalb sage ich, will ich doch heute investieren, damit ich gerade diesen zukünftigen Stromerhöhungen ausweichen kann. Das ist doch die ökonomische Vernunft.

Dann noch etwas zur Ökologie, Lucian Schucan, freut mich sehr, dass er hier als Ersatzmann da sein kann. Wir haben uns schon mal getroffen in der Schule, Volkswirtschaftslehre. Er hat da sehr gut, ich will ihm also nicht die Kompetenz absprechen, aber vielleicht doch eine kleine Ergänzung hätte ich da noch anzubringen. Der Punkt ist nämlich tatsächlich, also die Ökologie, nicht, wir bestrafen ja nicht diejenigen, die Wärmepumpen einsetzen. Es ist aber ganz entscheidend, und das kennen Sie im Oberengadin, welche Wärmepumpen ich einsetze. Das ist eben entscheidend. Und wenn der Strompreis höher ist, dann setze ich eben energieeffiziente Wärmepumpen ein. Und wir schaffen das eben, wenn wir die Häuser gut isolieren, brauchen wir eben diese stromverbrauchenden Wärmepumpen nicht. Es ist nicht so, dass Wärmepumpe gleich Wärmepumpe ist. Das müssten Sie einfach genauer anschauen. Da gibt es riesen Unterschiede und ich finde es fast manchmal bedenklich, wie im Oberengadin jetzt da die Erde durchlöchert wird, die Häuser nicht besser isoliert werden und am Schluss werden die Bauherren enttäuscht sein, wenn sie dann in der Zukunft merken, dass die Strompreise erhöht werden.

Ich fasse zusammen: Ein Punkt ist wichtig. Wo werden die Gelder eingesetzt? Das ist ein Wirtschaftsfaktor. Das dient dezentral unseren KMU's, das ist auch möglich für die Gemeinden. Die Gemeinden können da profitieren, Unterstützung LED in der Gemeindebeleuchtung usw. Ein riesen Feld. Und da hat sicher auch die Regierung und alle Beteiligten haben genügend Fantasie hier wirklich Sinnvolles zu machen. Ich bitte Sie doch, diese Punkte, Lenkungsabgabe, ernsthaft zu prüfen. Wir werden in die Energiewende investieren müssen. Ohne Geld geht es nicht.

*Peyer:* Ich will hier nicht verlängern. Aber eine Bemerkung habe ich doch zur Antwort vom Regierungsrat. Ich möchte Sie wirklich bitten, sich auch mit den Ideen auseinanderzusetzen, die Ihnen vielleicht nicht nahestehend sind oder die Sie nicht gerne beantworten. Aber wir haben zwei konkrete Fragen gestellt. Nämlich welches Potenzial und welche Verwendungszwecke sieht die Regierung in der Erhebung eines Bündner Energierappens? Sie haben bis heute darauf keine einzige Antwort gegeben. Wir haben eine andere Frage gestellt. Welches wären die finanziellen Belastungen für die Bündner

Wirtschaft? Und das ist das, was Grossrat Gasser auch gerade ausgeführt hat. Sie haben keinen einzigen Satz dazu geschrieben, was auch wieder zurückfliesst in die Volkswirtschaft. Und nachher kommen Sie und sagen Sie hier, ich bitte Sie, diese Ideen abzulehnen. Sie haben diese Ideen nicht mal studiert, Sie haben keine Antworten darauf gegeben. Sie verwerfen Sie einfach, weil sie aus der falschen Ecke kommen. Und ich bitte Sie, sich mit dem seriös auseinanderzusetzen. Sie sind der Regierungsrat von diesem ganzen Kanton und von allen Leuten in diesem Kanton. Und Sie sind nicht mehr Fraktionspräsident.

*Kunz (Chur):* Ich muss den Bundesrat darüber orientieren, dass Sie das Perpetuum mobile der Wirtschaft erfunden haben. Keine Krise, nichts. Ein Energierappenmultiplikator von zehn und die Wirtschaft läuft uns aus dem Ruder. Glauben Sie tatsächlich daran? Haben Sie die Volkswirtschaftsstunde mit Luzi Schucan besucht? So funktioniert doch die Wirtschaft nicht. Und was Luzi Schucan völlig zu Recht sagt, wir haben auch gebaut kürzlich, haben uns für Wärmepumpen der neusten Generation entschieden, sicher energieeffizient. Wir haben teures Dämmmaterial eingekauft, bei einem Unternehmer, den ich hier nicht nennen will. Alles gemacht. Und jetzt kommen Sie und sagen, zum Dank dafür bezahlt ihr noch einen Rappen mehr für den Strom, den ihr bezieht. Das ist doch einfach nicht richtig. Ihr Fraktionskollege oder Parteikollege hat gesagt, wir müssen uns überlegen, was wir mit dem Geld überhaupt machen würden. Ich glaube, diese Ideen fehlen schon heute. Also wenn Sie schauen, dass Sie, wenn Sie das befürworten, dass man für einen Tumbler und einen Kühlschrank 300 Franken bekommt vom Staat, dann verstehe ich das hinten und vorne nicht mehr und auch die Leute nicht. Das kann es doch nicht sein. Und alle anderen Mittel, die Sie ansprechen, die hat dieser Rat verabschiedet, auch mit unserer Unterstützung, sinnvolle Subventionspolitik, wo es tatsächlich Sinn macht und das ist im Energiegesetz festgehalten. Aber für die anderen Massnahmen fehlt mir tatsächlich das Verständnis.

*Baselgia-Brunner:* Vielleicht noch kurz zu Grossrat Kunz. Wir wollten eben gerade von der Regierung wissen, wofür man einen Energierappen brauchen kann. Wir haben die Antwort nicht bekommen. Hier fehlt einfach die Fantasie oder der Weitblick, um in anderen Kantonen zu schauen, wie die das machen. Man muss nicht Kühlschränke verbilligen. Es gibt viele Ideen, die sind heute und gestern aus dem Rat genannt worden. Regierungsrat Cavigelli hat gesagt, die Instrumente sind vorhanden, aber niemand holt das Geld ab. Da staune ich denn schon, wenn seine eigene Partei heute einen Auftrag einbringt und ihn eben auffordert, die Instrumente anzupassen. Das heisst doch einfach, die Instrumente sind nicht richtig ausgestaltet. Man kann unter Umständen das Geld gar nicht abholen. Und ich verspreche Ihnen, wenn die Instrumente wirklich an die Bedürfnisse angepasst sind, dann wird das Geld abgeholt und dann werden Sie einen Energierappen brauchen, um all die Bedürfnisse decken zu können.

*Regierungsrat Cavigelli:* Ja, was soll ich da alles sagen? Soll ich jetzt mein Referat nochmals wiederholen von gestern bezüglich des Energiegesetzes? Ich möchte natürlich darauf verzichten. Aber etwas erstaunt mich halt dann doch schon mit Blick auf die Diskussion, die wir jetzt führen, dass wir die Instrumente nicht hätten, dass wir die Massnahmen nicht hätten, dass vielleicht letztlich sogar Ideenlosigkeit bestünde, wir nicht in der Lage seien, über den Zaun zu schauen und letztlich vielleicht uns sogar noch parteipolitisch orientieren würden, wie Grossrat Peyer das meint. Das ist natürlich nicht der Fall. Wo soll ich beginnen? Ich möchte noch einmal rekapitulieren, um hier Antwort auf ein konkretes Fundament mit Blick auf diese Anfrage zu geben. Wir haben im Bündner Energiegesetz die Möglichkeit, beispielsweise Pilot- und Demonstrationsanlagen zu unterstützen. Von diesem Titel ist verschiedentlich Gebrauch gemacht worden. Ich verzichte jetzt wirklich, dies zu wiederholen, weil ich es schon gesagt habe. Es sind grössere Projekte. Es gibt die Möglichkeit, Grossanlagen zu unterstützen ausserhalb des normalen Budgetpostens. Wir haben darüber auch in diesem Rat schon befunden. Es geht dabei immerhin im Falle von einzelnen Unterstützungsprojekten um Summen von 3,7 Millionen Franken beim Bau der Fernwärme KVA Trimmis nach Chur Nord oder um die Erdgasleitung von Balzers nach Chur, Domat/Ems, um drei Millionen Franken. Wir waren in der Lage, einzelne Projekte, wenn sie gross sind, wenn sie gut sind, wenn sie etwas bringen, zu unterstützen. Wir sind dabei nie gehindert worden. Wir haben ausserdem die Möglichkeit, vorbildhaftes Verhalten nach Bündner Energiegesetz zu unterstützen. Das ist praktisch ein Freipass. Wenn irgendwie etwas sehr gut ist im Bereich der Ziele gemäss Bündner Energiegesetz, Substitutionsziele oder Reduktionsziele, dass wir da grosszügig unterstützen können im Bereich vor allem der Neubauten. Wir haben letztlich aufgrund unserer Bemühungen, vor allem von Seiten des Amtes für Energie und Verkehr, es erreicht, dass wir im schweizerischen Vergleich von den Unterstützungsmöglichkeiten aus dem nationalen Gebäudeprogramm, ergänzt mit unseren Mitteln, dass wir dort Spitzenpositionen einnehmen mit Blick auf die Gelder, die wir pro Einwohner abholen. Spitzenpositionen einnehmen mit Blick auf die Kilowattstunden pro Einwohner, die wir einsparen, effizienter sind, letztlich auch sogar mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Effekte, die dieses Abholen von Fördergeldern aus dem nationalen Programm verbunden mit dem kantonalen Programm auslöst. Ich verstehe diese Aufregung nicht. Sie ist eigentlich ohne Fundament muss ich sagen. Insbesondere wenn man aufgepasst hat am Mittwochnachmittag. Letztlich geht es ja nicht darum, dass wir einfach irgendjemandem Geld entziehen und es auf einen grossen Haufen legen. Wir müssen wissen, was wir tun. Und die Massnahmen, die wir unterstützen können, sind riesig. Ich wiederhole mich dabei.

Und letztlich ein wichtiger Aspekt auch, wir haben nicht die gleichen Aufgaben wie ein Kanton Basel Stadt und Baselland, wenn Sie neue erneuerbare Energien fördern wollen. Wir haben schon jetzt 100 Prozent neue erneuerbare Energie. Wir produzieren 8000 Gigawattstunden und brauchen davon nur einen Viertel. Wir sind ein

Energieproduzent, ein Land, das drei Viertel der hier produzierten Energie als grüne Energie, als erneuerbare Energie exportiert. Ich bin gerne darauf zurückzukommen, dass wir zusätzliche Mittel einsetzen wollen, wenn es irgendwie irgendwelche grössere Projekte gibt. Und ich glaube, dass ich auch zum Ausdruck gebracht habe, dass die Regierung aufgrund der veränderten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, was den Umgang mit Energieverbrauch, Energieproduktion, Stromverbrauch, Stromproduktion anbelangt, dass wir hier offen sind, uns hinzubewegen zu neuen Massnahmen, vielleicht auch etwas unkonventionellen Massnahmen, wenn sie dann auch etwas bringen. Aber in erster Linie geht es darum, einfach einmal Geld auf einen Haufen zu legen, dem ordentlichen Budget und somit auch der Hoheit des Parlaments zu entziehen und da nicht wissen, was man damit tun soll. Das kann nicht ein sorgfältiger Umgang sein mit den öffentlichen Mitteln. Wir haben in der Tat anderes zu tun, als separate Kassenlenkungsabgaben zu erheben.

*Standespräsident Bleiker:* Kann ich davon ausgehen, dass wir damit die Fraktionsanfrage, Betonung auf Anfrage, der SP erledigt haben? Ich bitte Sie, sich noch eine Minute zu gedulden. Ich habe verschiedene Mitteilungen. Es ist eingegangen eine Anfrage von Grossrat Tenchio betreffend Modelle des Kantons Graubünden für den Fall der Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung sowie eine Anfrage von Grossrat Peyer betreffend Aktivitäten des Wirtschaftsforums Graubünden.

Im Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass heute Abend nach Sessionsschluss im Auditorium der Kantonalbank eine Veranstaltung der academia rætia stattfindet und ich möchte Ihnen diese Veranstaltung ans Herz legen. Dann tagen über Mittag die Romanische Fraktion und der Bauernklub. Ich nehme an, mit meinem Schluss, dass es keine romanischsprechenden Bauern in diesem Saal gibt, liege ich falsch. Und im Weiteren habe ich festgestellt, dass es elf Grossrätinnen und Grossräte gibt in diesem Saal, die über Energie verfügen, nicht nur um über Energie zu diskutieren, sondern am Churer Pumpilauf mitzulaufen. Das ist eine kreative Veranstaltung, die am 29. Oktober 2011 stattfindet und die entsprechenden Sponsorenlisten liegen draussen auf der Theke auf. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Wir fahren um 14.00 Uhr weiter.

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Anfrage Tenchio betreffend Modelle des Kantons Graubünden für den Fall der Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung (Ersatz der Ausfälle in Bezug auf Zweitwohnungen)
- Anfrage Peyer betreffend Aktivitäten des Wirtschaftsforums Graubünden

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Patrick Barandun